36. Jahrgang. Mittwoch, 11. Januar. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Nr. 19919.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. Januar. (Privattelegramm) Der „Kreuzztg." zufolge hat der deutsche **Gesandte Brandt** in Peking nunmehr sein **Abschiedsgesuch eingereicht.**

— Wie der „Lokalanz." meldet, ist gegen den Rechtsanwalt **Hertwig Disciplinaruntersuchung** eingeleitet worden wegen der Art, wie er die Vertheidigung Ahlwardts geführt hat.

— Der „Magdeb. Ztg." wird aus **Petersburg** gemeldet: Der **Thronfolger** reist am 21. d. nach Berlin ab, woselbst er sich 10 Tage aufhält.

Die Hochzeitsfeier in Sigmaringen.

Sigmaringen, 10. Januar. Die feierliche Trauung des Prinzen-Thronfolgers von Rumänien mit der Prinzessin Marie von Edinburg fand heute Nachmittag 4 Uhr in der hiesigen katholischen Kirche statt. Den Trauakt vollzog der Ortspfarrer, die Weiherede hielt der Erzabt Placidus vom Kloster Beuron. In dem Trauzuge führte der Kaiser die Herzogin von Edinburg, König Karl von Rumänien seine Mutter, die Fürstin Josephine zu Hohenzollern, Großfürst Alexis die Herzogin von Connaught, der Prinz-Thronfolger von Rumänien seine Mutter, die Fürstin Antonia von Hohenzollern, Fürst Leopold von Hohenzollern die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, der englische Botschafter Sir Edward Malet die Gräfin von Flandern, dahinter folgte der Herzog von Edinburg (Vater) mit der hohen Braut. Der Kaiser und die übrigen Fürstlichkeiten nahmen zu beiden Seiten des Chores Platz. Nach der Trauung verließ das hohe Brautpaar zuerst die Kirche, unmittelbar dahinter schritt der Herzog von Edinburg; sodann folgte der Kaiser und die übrigen Trauzeugen in der oben angegebenen Ordnung. Die Kirche war von einer großen Anzahl geladener Persönlichkeiten von Rang dicht gefüllt. Das Wetter ist wieder schön geworden.

Sigmaringen, 11. Jan. (Telegramm.) Bei dem gestrigen **Galadiner** brachte der Fürst von Hohenzollern den ersten Toast aus, dankte dem Kaiser, der als oberster Chef des Hauses Hohenzollern dem Vermählungsfeste durch sein Erscheinen die höchste Weihe verliehen, dankte sodann den Vertretern der Königin von England, des Kaisers von Rußland und allen Repräsentanten und brachte ein Hoch auf den Kaiser und die übrigen hochfürstlichen Vertreter aus. König Karl von Rumänien betonte auf das wärmste, wie das Volk von Rumänien diesen Tag auf das freudigste feiere und die Grüße desselben von der Donaumündung bis Sigmaringen dringen. Als Ausdruck seines Herzens und der Gefühle seines Volkes lasse er das Brautpaar hoch leben. Der Herzog von Edinburg brachte das Wohl des Bräutigams aus.

Politische Uebersicht.

Danzig, 11. Januar.

Die Eröffnung der Parlamente in Berlin.

Am oberen wie am unteren Ende der Leipzigerstraße, im Reichstage wie im preußischen Abgeordnetenhause ist gestern gleichzeitig der durch die Ferien unterbrochene Strom der parlamentarischen Rede wieder entfesselt worden und in beiden Parlamenten handelte es sich um die erste Lesung von Vorlagen, die, wenn es zur Feststellung der parlamentarischen Bilanz kommt, schwerlich auf der Saldoseite zu finden sein werden.

Mit der ersten Berathung der **Brausteuerverdoppelung** — des ersten der drei bösen B — trat der **Reichstag** in die Erörterung der Deckungsfrage für die Ausgaben ein, welche die Annahme der Militärvorlage erfordern — würde, aber da dieser Fall nicht gerade in Aussicht steht, so beschränkte sich auch die Debatte auf eine mehr platonische Erörterung der Frage, welche Einwirkungen die Verdoppelung der Brausteuer auf das Brauereigewerbe und auf die Consumtion ausüben würde. Gegen die Vorlage sprachen zwei Sachverständige ersten Ranges, der Director der Patzenhofer Bierbrauerei, Herr Goldschmidt und Commerzienrath Rösicke (Dessau), von denen der erstere namentlich auf die Folgen der Malzabgabenerhöhung in Baiern exemplificirte, dabei aber mit dem baierischen Finanzminister v. Riedel in Conflict kam, der zahlenmäßig nachzuweisen versuchte, daß die Erhöhung der Steuer in Baiern mit dem Rückgange der Zahl der kleineren Brauereien gar nicht zusammenhänge. Herr v. Riedel schilderte die günstige Entwickelung des Brauereigewerbes in Baiern so eindringlich, daß ein Unbetheiligter auf den Gedanken hätte kommen können, dazu habe die hohe Malzabgabe am meisten beigetragen. Leider war der Redner, Dank des süddeutschen Dialectes und des gebrochenen Vortrages, schwer verständlich, aber die Mittheilung, daß es in Baiern Gegenden gebe, wo gar kein Bier oder nur Sonntags getrunken werde, verfehlte seine Wirkung nicht. Der Zwischenruf: Wo? blieb leider unbeantwortet. Im übrigen schien auch Herr v. Riedel kein sehr begeisterter Vorkämpfer der Erhöhung der norddeutschen Brausteuer zu sein, die für Baiern eine Erhöhung der Matricularbeiträge um 7 Millionen Mark bedeutet, wenigstens nahm er am Schlusse seiner Ausführung Anlaß, zu constatiren, daß er eigentlich bei der Vorlage nicht betheiligt sei, also gewissermaßen nur in Folge der Provocation seitens des Schatzsecretärs v. Maltzahn das Wort genommen habe. Ein badisches Mitglied des Centrums, der Abg. Hug, sprach ziemlich unverblümt die Hoffnung aus, die Militärvorlage werde in einer Form angenommen werden, welche Baiern die Erhöhung des Aversums um 2 Millionen Mk. erspare. Als einziger Redner für die Brausteuer trat der freiconservative Geh. Ober-Regierungsrath Gamp auf, der übrigens offen bekannte, daß er sich rücksichtslos nur für das dritte B, die Börsensteuererhöhung, interessire. Auch er hat wesentliche Bedenken gegen die Verdoppelung der Brausteuer, vor allem aber gegen die Begründung derselben, die bekanntlich davon ausgeht, daß nicht der Consument, sondern der Brauer oder der Wirth die Steuer tragen werde. Man könne ja das Glas etwas weniger füllen! Nebenbei versetzte Herr Gamp der Branntweinsteuervorlage einen Stich und verrieth seine Hochschätzung für eine — Champagnersteuer! Mit Herrn Gamp ging der Abg. Rösicke scharf ins Gericht, der auch so ganz nebenbei von den „schülerhaften" Motiven zu der Vorlage sprach, worauf der Schatzsecretär v. Maltzahn in seiner leichten Weise meinte, wenn die Motive unrecht hätten und der Consument die Steuer trage, so sei das ja auch nicht so schlimm! Wirklich nicht? Aber dann fällt ja die Ertragsberechnung wie ein Kartenhaus im Winde zusammen.

Die Debatte über das **Volksschulverbesserungsgesetz im Abgeordnetenhause** stellte Herrn Minister Bosse seitens der conservativ-clericalen Mehrheit eine Niederlage in Aussicht. Die Vorlage will dreierlei: die Erhöhung der Fonds für die Volksschule, die Aufhebung des famosen Volksschulleistungsgesetzes von 1887 und die Ueberweisung der bis 1. April 1895 aufzuhäufenden Ueberschüsse aus der Einkommensteuer in die Staatskasse. Für das Ganze des Gesetzes sprach gestern nur der Abg. Hobrecht. Der Centrumsredner Abg. Strombeck bestritt, daß die beabsichtigte Verwendung der Ueberschüsse dem § 82 des Einkommensteuergesetzes entspreche und will diese Frage der Steuercommission überweisen, womit das Gesetz begraben sein wird. Der freiconservative Abg. Barth ist für und gegen das Gesetz, wie man will; da dasselbe erst 1895 in Kraft treten soll, sei die Sache nicht gerade eilig. Am bedenklichsten war die Rede des neuen Führers der conservativen Partei, Frhr. v. Minnigerode-Rossitten. Die Lehrer haben's nicht nöthiger, als die Beamten; das Gesetz von 1887 soll im Interesse der Selbstverwaltung bestehen bleiben. Vor allem polemisirte Herr v. Minnigerode nachdrücklich gegen den Cultusminister, der kaum Neigung bezeigt, ein Volksschulgesetz vorzulegen, da die Fragen nicht reif seien, und der nebenbei erklärte, er habe das Zedlitz'sche Gesetz, welches dieser „aus vollem Herzen" geschrieben, nicht vertreten. Herr v. Minnigerode aber will gerade ein Volksschulgesetz und wiederholte die bekannte Parole: ohne Volksschulgesetz keine Dotation der Volksschule.

Ob die Schlußrede des **Finanzministers** die Wirkung haben wird, das Schicksal der Vorlage abzuwehren, wird sich heute zeigen. Herr Dr. Miquel gab übrigens deutlich zu verstehen, daß er die Verwendung der Rente der Einkommensteuerüberschüsse von 130—150 Millionen zu Schulzwecken vorgeschlagen, weil er damit die Ableitung jener Millionen in die Staatskasse am leichtesten durchführbar halte. Nun, man wird ja sehen!

*

Ueber den Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird uns noch gemeldet:

Berlin, 11. Januar. (Privattelegramm.) Im Abgeordnetenhause sprach heute in der Fortsetzung der Debatte über die **Schulvorlage** als erster Redner der Abgeordnete **Rickert**. Er betonte, daß das Gesetz als todt zu betrachten sei, trotz der eindringlichen Rede, die der Minister gestern dafür gehalten; die Majorität wolle den § 1 an die Steuercommission geben und über den Rest die weitere geschäftliche Behandlung vorbehalten. Das sei deutlich genug und eine klare Antwort auf den Wunsch des Ministers, in einer Commission weitere Details zu geben. Redner ist in allen wesentlichen Punkten genau entgegengesetzter Meinung wie Herr v. Minnigerode, der für die Schule möglichst wenig thun wolle. Die Hauptsache an der Vorlage sei die Aufhebung des 1887er Gesetzes, des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Schulräthe". Dieses Gesetz verschulde einen Rückschritt in der Schule. Er (Redner) und seine Freunde hätten entschieden dagegen gekämpft, leider vergeblich. Es war das Werk des Fürsten Bismarck. So lange die gegenwärtige Mehrheit des Abgeordnetenhauses bestehe, könne die Schule nicht vorwärts kommen.

Aus dem Lager der Socialdemokratie.

Für den Wahlkreis Calbe-Aschersleben hat, wie wir dem „Vorwärts" entnehmen, eine dort stattgehabte Vertrauensmänner-Conferenz den Regierungsbaumeister a. D. Gustav Keßler als socialdemokratischen Candidaten für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt. — Damit wird dem gegenwärtigen Vertreter des Wahlkreises, Abg. Heine, der Stuhl vor die Thür gesetzt. Heine hat sich schon wiederholt als enfant terrible der Partei gezeigt, noch vor kurzem durch die Versendung seines „Feuilleton"-Circulars an die Genossen. Freilich muß es auffallen, daß als sein Ersatzmann gerade Keßler in Aussicht genommen ist, der bis in die letzte Zeit hinein als unsicherer Cantonist galt. Die Parteileitung hat ihm nie recht getraut. Die Proclamirung seiner Candidatur in einem ziemlich sicheren Wahlkreise beweist, daß Keßler jetzt oben gut angeschrieben steht.

Der Bergarbeiterstrike

fängt bereits an seine Wirkung auf den Kohlenmarkt auszuüben. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zufolge beginnen die Preise für sofort lieferbare Kohlen zu steigen. Aus der Ruhrorter Hafen-Niederlage wurden an eine Elberfelder Firma 100 Doppelwagen Kesselkohlen zu 12 Mk. und an eine Essener Firma 70 Doppelwagen Flammkohlen zu 14 Mk. verkauft.

In der am Montag in Dortmund stattgehabten Conferenz der Vertreter der höheren Regierungsbehörden mit den Vertretern des Oberbergamts und der Kreisbehörden sind der „Rhein.-Westf. Ztg." zufolge für den Fall des Ausbruchs des Ausstandes die strengsten Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Schutz der Nichtstrikenden beschlossen worden. Die Zechen schlugen heute überall Warnungen an, in welchen auf den § 3 der Arbeitsordnung, betreffend die sofortige Entlassung im Falle eines unentschuldigten dreitägigen Ausbleibens, und auf den § 6, betreffend die Heranziehung solcher Arbeiter zu Schadenersatz in der Maximalhöhe eines sechstägigen Lohnes, hingewiesen wird.

Der Kölner Bergwerkverein droht den Miethern der Zechenhäuser eine sofortige Zwangsräumung an.

Von heute wird uns ferner telegraphirt:

Gelsenkirchen, 11. Januar. (W. T.) Die Frühschicht auf den Gruben „Hibernia" und „Wilhelmine" strikt vollständig. Auf der „Consolidation" sind von 983 zweier Schachte 237 Mann angefahren. Auf der Zeche „Unser Fritz" ist im ersten Schacht alles, im zweiten sind 60 von 360 Mann, sonst alles angefahren, in Herne desgleichen. Theilweiser Strike herrscht auf der „Tremonia" und „Westfalia" bei Dortmund, „Glückauf" bei Barop, „Carolinenglück" bei Bochum.

Die Thronfolge in Ungarn.

Während der gestrigen Budgetdebatte im ungarischen Parlamente beantragte der Abgeordnete Ugron (äußerste Linke), daß die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen möge, durch welchen die ungarische Thronfolge genau festgestellt werde, damit die das Thronerbrecht begründenden Bestimmungen in die ungarischen Gesetze aufgenommen würden. Der Ministerpräsident Wekerle erwiderte, daß in Bezug auf die Erbfolge kein Zweifel obwalte, obwohl das Vorhandensein von Anwärtern auf den ungarischen Königsthron nicht einer verfassungsmäßigen Beaufsichtigung unterliege. Diese Frage könne jedoch in Ruhe erwogen werden, da in dieser Hinsicht jede Besorgniß für absehbare Zeiten unbegründet sei. Der Ministerpräsident ersuchte Ugron, den Antrag zurückzuziehen, woraufhin dieser seinen Antrag zurückzog.

Die Vorgänge in Paris.

Zu den bei der Kammereröffnung befürchteten Volksunruhen hat der gestrige Tag zwar nicht geführt. Aber eine Katastrophe anderer Art ist zum Ausbruch gekommen und hat eine ganze Reihe neuer Opfer verschlungen, den Kammerpräsidenten Floquet und das Cabinet selbst. In unserer heutigen Morgenausgabe ist im telegraphischen Theil darüber bereits ausführlich berichtet. Es erübrigt nur noch einige Einzelheiten nachzutragen.

In der **Deputirtenkammer** hielt der Alterspräsident Pierre Blanc die übliche Rede, in der er darauf hinwies, daß die Republik nicht durch die Fehler einiger Personen in ihrer Existenz bedroht sei. Er verlange von der Kammer, daß sie die Agitationen beende und daß sie ihre Anstrengungen verdoppele, um ihre Aufgabe zu Ende zu führen. Der erste Wahlgang ergab, da nur 212 Deputirte anwesend waren, kein Resultat. Es wurde sodann ein weiterer Wahlgang vorgenommen. Bei demselben zog Floquet seine Präsidentschafts-Candidatur zurück. Die Anwesenheit mehrerer Deputirten wurde mit feindlichen Kundgebungen aufgenommen. Zwischen Rouvier und Bernis (Rechte) kam es zu einem heftigen Wortwechsel. Le Hérrissé und Périer de Larsan schickten in Folge eines Zwischenfalls einander ihre Zeugen.

Im **Senat** griff der Alterspräsident Théry in seiner Rede heftig die Politik an, welche die Regierung auf religiösem Gebiete trotz den Verwahrungen seitens des Senates verfolge. Sodann wurde das Bureau gewählt.

Gegen drei Uhr Nachmittags versuchten **Gruppen von Neugierigen** auf der Place de la Concorde Aufstellung zu nehmen, die Polizei zerstreute dieselben jedoch ohne Zwischenfall. Einige Personen, die sich weigerten weiterzugehen, wurden verhaftet.

Was die **Reconstruction des Cabinets** anlangt, so liegt bisher noch keine abschließende Meldung vor. Als Minister des Auswärtigen wird Develle, als Minister des Krieges Cavaignac, der dieses Portefeuille schon früher einmal kurze Zeit bekleidet hat, genannt.

Im **Panamaprozesse** ergab die weitere Vernehmung von Charles von Lesseps wichtige Resultate. Charles Lesseps gab Einzelheiten bezüglich der Antheile der Gründer und führte aus, sein Vater habe die seinigen verkauft, um Geld flüssig zu haben zur Theilnahme an allen Emissionen; er habe mehr Geld in das Unternehmen hineingesteckt als er jemals daraus gezogen habe. Er (Charles Lesseps) habe seinem Vater seine eigenen Antheile für 200 000 Fr. verkauft. Hierauf führte Lesseps des weiteren aus, eine Summe von 12 Millionen sei an das amerikanische Comité zur Wahrnehmung der Interessen der Gesellschaft vertheilt worden; die Mitwirkung dieses Comités rechtfertigte zur Genüge die Vertheilung dieser Summe.

Folgendes Telegramm von heute berichtet über den Fortgang des Verhörs:

Paris, 11. Januar. (W. T.) Lesseps erklärte auf die Frage nach der Verwendung von 600 000 Francs Anweisungen auf Inhaber: Als die Vorlage betreffend die Panamaloose bei der Kammer eingebracht sei, verlangte der Arbeitsminister Baïhaut von ihm eine Million in Theilzahlungen von der Einbringung bis zur Annahme der Vorlage. Bei der Einbringung wurden Baïhaut 375 000 Francs ausgezahlt, als die Vorlage abgelehnt wurde, sei der Rest nicht ausgezahlt worden. Lesseps fügte hinzu: „Ich gab die Summe nur, weil mir das Messer an der Kehle saß, so wie man im Walde einem Räuber die Uhr ausliefert." Lesseps versicherte, der Verwaltungsrath habe alle Geldvertheilungen gekannt. Fortsetzung morgen.

Damit ist Baïhaut endgiltig vernichtet und gerichtet, ebenso aber auch der ganze Verwaltungsrath der Panamagesellschaft.

Beim Schlusse der Redaction empfingen wir noch folgende Drahtmeldung:

Paris, 11. Januar. (W. T.) Die Wahl Casimir Periers zum Präsidenten der Kammer erfolgte vorzugsweise durch die Stimmen der Republikaner.

In parlamentarischen Kreisen gilt es als bestimmt, daß der Untersuchungsrichter Franqueville geneigt sei, das Verfahren gegen die Senatoren und Deputirten, zu deren gerichtlichen Verfolgung er die Ermächtigung des Parlaments erhalten, einzustellen. Die Ausführung der im Princip bereits beschlossenen Maßnahme stehe unmittelbar bevor. Die Administratoren der Panamagesellschaft, ausgenommen Leroy, und der ehemalige Minister Baïhaut sind bisher die einzigen, die man vor die Assisen verwiesen hat.

Der englisch-marokkanische Conflict

spitzt sich bedenklich zu. Die „Times" meldet aus Tanger, die englische Regierung habe in ihrer Note an die marokkanische Regierung dem Sultan nur 48 Stunden Frist gegeben, um sich zu erklären, ob er die wegen der Erschießung eines britischen Unterthans aus Gibraltar durch eine marokkanische Polizeiwache verlangte Genugthuung geben wolle oder nicht.

Krawalle in Serbien.

In den Städten Semendria und Schabatz ist es gestern zu Schlägereien zwischen den Radikalen und der neuen Gemeindeverwaltung gekommen. Die Polizei schritt ein, wobei zwei Polizisten ermordet wurden. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Der Aufstand in Corrientes.

Nach einer Meldung des Reuter'schen Bureaus aus Buenos-Ayres von gestern hat die Bundesregierung von Argentinien beschlossen, zwischen der Provinzialregierung und den Aufständischen von Corrientes zu vermitteln, um Blutvergießen zu verhindern. Hoffentlich ist dieser Versuch bald von durchschlagendem Erfolge begleitet.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 10. Januar. 12 Uhr.

Am Ministertische Miquel, Bosse und Commissarien.

Seit der letzten Sitzung sind die Abgg. Lange, Bygen, v. Borke-Rienow und Dr. Reichensperger verstorben. Präsident v. Köller widmet namentlich dem letzteren, dem Alterspräsidenten des Hauses, einen warmen Nachruf; die Anwesenden, auch die Minister, erheben sich zum Andenken an die Verstorbenen von ihren Plätzen.

Der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes betreffend die Consolidation preußischer Staatsanleihen wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

In der ersten Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Aufhebung von Stolgebühren für Taufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote in der evangelisch-reformirten Kirche der Provinz Hannover erklärt auf eine Anregung des Abg. v. Heereman der

Cultusminister Dr. Bosse, daß über dieselbe Materie mit den katholischen Bischöfen Verhandlungen angeknüpft sind, die aber noch nicht zum Abschluß geführt haben.

Die Vorlage wird darauf in erster und zweiter Lesung erledigt.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens und des Diensteinkommens der Volksschullehrer leitet der

Cultusminister Dr. Bosse ein: Als ich mein Amt antrat, fand ich den Entwurf eines Volksschulgesetzes vor, den ich nicht vertreten konnte. Der Entwurf war von dem früheren Minister mit dem Herzen geschrieben; jeder Minister muß einen solchen Entwurf nach seinem Können und Wollen gestalten. Ich habe mich gefragt, ob nicht ein Entwurf ausgearbeitet werden müsse; jeder Minister hat die Neigung dazu, um eine Regelung des Unterrichtswesens zu schaffen. Ich habe darauf verzichtet, wegen der entgegenstehenden Schwierigkeiten. Einmal konnte dem Landtage nicht zugemuthet werden, neben der Steuerreform ein Volksschulgesetz zu machen, dann aber scheinen mir die jetzigen Verhältnisse nicht geeignet zur Regelung einer so schwierigen Frage; die Zeit verlangt jetzt eher eine gewisse Ruhe auf diesem Gebiete. Aber das habe ich eingesehen, daß die Verhältnisse der Lehrerbesoldungen nicht mehr nach dem alten Maßstabe bestehen bleiben können. Der Regelung dieser Frage wird man nicht ent-

gehen können. Man wird fragen, warum nicht ein Schuldotationsgesetz? Ich mache kein Hehl daraus, daß ich nur ungern darauf verzichtet habe, schon weil eine Verbindung der Schuldotation mit der Reform der Gemeindesteuern etwas Verlockendes hat. Die Schulausgaben betragen mehr als 30 vom Hundert der Gemeindelasten, so daß eine Regelung derselben im Anschluß an die Ueberweisung der Staatssteuern an die Gemeinden sich leichter gestaltet. Aber bei dem Schuldotationsgesetz kommen alle die Streitfragen zur Sprache, die bei dem Volksschulgesetz eine so große Rolle gespielt haben. Die ganze Aufregung der früheren Verhandlungen hätte sich trotz der Einschränkung der Vorlage wiederholt. Bei Uebereinstimmung der Betheiligten ist die Schaffung neuer Organe für die Schulunterhaltung leicht, aber schwierig ist sie bei einer gesetzlichen allgemeinen Regelung. Man meint vielleicht, daß man die Gestaltung der inneren Organisation des Schulwesens hätte aufschieben, daß man eine Abschlagszahlung hätte geben können. Aber bestand denn die Sicherheit, daß man die Vorlage als eine solche Abschlagszahlung aufgefaßt hätte? Die Verbindung des Schuldotationsgesetzes mit der Steuerreform hätte die Schule und die Lehrer geschädigt, deren Wünsche unerfüllt geblieben wären. Die Eingliederung der Schullasten in die Gemeindelasten hätte nicht ausgereicht, denn selbst bei der Ueberweisung der staatlichen Realsteuern sind die kleinen Gemeinden nicht im Stande, ihre Schullasten zu tragen, es hätte die Staatsunterstützung gesetzlich geregelt werden müssen. Denn die Schullasten sind anderer Art, als die sonstigen Gemeindelasten; die meisten Gemeindeausgaben befruchten das wirthschaftliche Leben der Gemeinden und heben ihre Steuerkraft; bei den Schulausgaben ist das nicht der Fall, und welchen hohen Betrag der Gemeindelasten machen die Schullasten aus! Die Schullasten betragen im ganzen Staate $146\frac{1}{4}$ Mill. Mark, die Einkommensteuer ergiebt $124\frac{3}{4}$ Mill. Mark, die Staatsrealsteuern ergeben $92\frac{3}{4}$ Mill. Mark, also die Schullasten betragen 107 v. H. der Einkommen- und 157 v. H. der Staatsrealsteuern. Von den Schullasten entfallen 64 Millionen auf die Städte und 81 Millionen auf das Land, während die Einkommensteuer zu drei Viertel auf die Städte, zu einem Viertel auf das Land entfällt. Diese Verschiedenheit steigert sich in den großen Städten und auf dem platten Lande. Die Schullasten betragen in den ersteren einen kleinen Bruchtheil, auf dem Lande giebt es manche Schulgemeinden, die überhaupt keine Einkommensteuer bringen. Je ärmer die Landestheile sind, desto höher ist der Betrag der Schullasten im Verhältniß zu den gesammten Gemeindelasten. Diese Ungleichheiten sind allerdings etwas ausgeglichen durch die Zuwendungen, welche die Gesetze von 1885, 1888 und 1889 den Gemeinden für die Gehälter und Pensionen der Lehrer gemacht haben, aber es sind immer noch erhebliche Härten vorhanden, die auch durch die Reform der Gemeindesteuern nicht beseitigt werden können. Nur durch eine individuell bemessene staatliche Unterstützung der leistungsfähigen Gemeinden kann geholfen werden und auch dazu muß der Staat Mittel beschaffen, wenn man eine gerechte Steuerreform herbeiführen will. Die Aufhebung des Schulgeldes war ein von der Cultur gebotener Fortschritt; aber es liegt auf der Hand, wenn die ärmeren Volksklassen zu Staats- und Gemeindesteuern gar nicht oder nur mit sehr mäßigen Beträgen herangezogen werden, wenn außerdem das Schulgeld aufgehoben wird, dann muß es immer schwieriger werden, die Schullasten aufzubringen. Die Vorlage enthält allerdings formell eine Abweichung von dem § 2 des Einkommensteuergesetzes; denn die Ueberschüsse desselben werden den Gemeinden nicht direct überwiesen, sondern nur die Zinsen werden nach Bedürfniß vertheilt. Materiell entspricht dies dem § 82. Damit kommt die Regierung der Verpflichtung nach, welche Art. 25 der Verfassung enthält, daß den Lehrern ein angemessenes Einkommen gesichert werden soll. Allerdings machen 3 Millionen Mk. für 71 000 Lehrerstellen nur einen geringen Betrag für jede Stelle aus; aber es sind doch auch nicht alle Stellen verbesserungsbedürftig, wenngleich es namentlich auf dem Lande vielfach schwer fällt, die Stellen zu besetzen, weil die Gehälter zu gering sind. Die Behauptung, daß die Lehrer zu früh heirathen, sei durch die Statistik widerlegt, man müsse sogar sagen, es wäre wünschenswerth, daß noch mehr Lehrer heirathen könnten. Die Vorlage verlangt auch die Aufhebung des Gesetzes vom 26. Mai 1887 betreffend die Feststellung von Anforderungen für Volksschulen. Die Regierung hat sich überzeugt, daß dieses Gesetz zum Stillstand der Schulentwickelung geführt hat. Auf die einzelnen Fälle, die der Regierung unbequem geworden sind, will ich nicht eingehen; ich will keine Klagen gegen die Bezirksausschüsse u. s. w. erheben; das wird vielleicht in der Commission geschehen können. Man hat das Gesetz genannt ein Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Schulräthe (hört! links), aber das Gesetz kann gefährlicher werden als ein Schulrath jemals werden könnte. Alle Fragen des Schulwesens werden nach dem Gesetze der Beschlußfassung der Beschlußbehörde übertragen, die an keine Regel, an keine Vorschrift gebunden ist und gegen die es keine Remedur giebt, die auch keine Rücksicht darauf zu nehmen braucht, wie es im Nachbarbezirk gemacht wird. Die Entscheidung ruht jetzt nicht mehr in der Hand des Ministers, sondern in der Hand gewählter, also in ihrem Bestande wechselnder Körperschaften, die keinerlei schultechnische Kenntniß haben. Der Regierung sind bei der planmäßigen Entwickelung des Schulwesens vollständig die Hände gebunden; wer den Lehrern wirklich helfen will, der muß das Gesetz von 1887 aufheben. Die Regierung will nicht zur alleinigen bureaukratischen Entscheidung zurückkehren, die Mitwirkung der Selbstverwaltungsbehörden und der Provinzialinstanzen soll aufrecht erhalten werden. Außerdem ist die Controle des Verwaltungsstreitverfahrens in Aussicht genommen. Die Verstärkung der Fonds zur Unterstützung von Volksschulbauten, die verlangt wird, ist keine übermäßige, es sollen nur die bescheidensten Bedürfnisse befriedigt werden. Da wir alle von der Bedeutung unseres Schulwesens überzeugt sind, so hoffe ich, daß die Berathung zu einer Verständigung führen wird.

Abg. **v. Strombeck** (Centr.): Daß den Lehrern geholfen werden soll, wird wohl allseitig gebilligt werden, aber die Art und Weise, wie dies geschehen soll, findet auch in den Kreisen meiner politischen Freunde erhebliche Bedenken. Wenn die Ueberschüsse der Einkommensteuer zu den allgemeinen Staatsfonds vereinnahmt werden, dann fällt damit auch der vorbehaltene Verwendungszweck, die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinde fort. Man könnte vielleicht die Ergänzungssteuer, wenigstens für mehrere Jahre noch entbehren, wenn man auf diese Ueberschüsse zurückgreifen wollte. Was beabsichtigt denn die Regierung mit diesem Riesenfonds zu machen? Sollten die Ueberschüsse thesaurirt und sollen nur die Zinsen verwendet werden? Dann müßte das im Gesetz genau zum Ausdruck kommen, denn sonst müßten diese zu den Staatsfonds vereinnahmten Ueberschüsse für die laufenden Ausgaben verwendet werden. Meine Freunde halten es für zweckmäßig, daß zunächst nur über diese Bestimmung in der Steuercommission verhandelt wird, die weitere geschäftliche Behandlung kann späterer Zeit vorbehalten werden.

Abg. **Barth** (freicons.): Niemand wird die Vorlage mit ungetheilter Freude begrüßen, aber die Unterstützung der armen Schulgemeinden ist für uns so wichtig, daß wir deshalb trotz mancher Bedenken für das Gesetz sind. Die Hilfe ist um so nöthiger, weil es sich nicht um die Zukunft, sondern um Schäden handelt, die theilweise schon der Vergangenheit angehören, denn aus Mangel an Mitteln mußte mancher Schulbau unterlassen werden. Ob dem platten Lande dabei ein Vortheil erwächst, kann nicht maßgebend sein. Der Stadt Berlin und anderen Städten erwachsen aus der Anwesenheit von Behörden, Garnisonen u. s. w., deren Kosten die Allgemeinheit aufbringt, auch Vortheile. Warum soll der Fonds aber nicht sofort, sondern erst von 1895 ab verwendet werden? Das Gesetz von 1887 haben wir nicht verlangt, die Regierung selbst hat es vorgelegt. Aber wenn sie es aufheben will, müssen wir ihr helfen, wenn wir auch erst die Gründe dafür verlangen können. Die vollständige Aufhebung des Gesetzes von 1887 geht zu weit.

Abg. **v. Minnigerode-Rossitten** (cons.): Die Vorlage steht im engsten Zusammenhange mit der Steuerreform, deshalb sind wir auch dafür, daß die finanziellen Bestimmungen derselben der Steuercommission überwiesen werden. Von einem Nothstande der Lehrer kann man nicht mehr sprechen, seitdem mehrfache Erhöhungen der Lehrergehälter beschlossen, Alterszulagen gewährt und Pensionsbeiträge erlassen sind. Für die unteren Staatsbeamten ist nicht in so ausgiebiger Weise Sorge getragen worden. Namentlich gegenüber der schlechten Finanzlage müßte man solche neuen Forderungen für die Lehrer etwas zurückstellen. Daß die Erregung über die Volksschulvorlage noch fortdauert, kann ich bestätigen; aber beseitigt wird diese Erregung nicht dadurch, daß die Regierung eine neue Vorlage in Aussicht stellt. Eine Regierung wie die preußische muß in dieser brennenden Frage die Initiative ergreifen, mag die Vorlage aussehen, wie sie will, und mögen die Beschlüsse des Landtages fallen, wie sie wollen. Eine Schullastenvertheilung, eine Schuldotation ohne ein Schulgesetz halten wir nicht für möglich; die Sache muß einheitlich geregelt werden. Während wir für die Lehrer ein Bedürfniß der Gehaltsaufbesserung nicht anerkennen können, stehen wir den Schulbauten anders gegenüber; die Unterstützung der armen Gemeinden des Ostens ist hierbei dringend nothwendig. Das Gesetz von 1887 war ein Akt der Erleichterung für die mit Schullasten überbürdeten Personen und Gemeinden; die Entscheidung wurde in die Hand der Selbstverwaltungsbehörden gelegt, jetzt soll sie wieder in die Hand der Schulverwaltung kommen. Wenn man dem Gesetz von 1887 nur einen provisorischen Charakter zuschreibt, so kann das nur darauf sich beziehen, daß man hoffte, die Gemeinden würden finanziell so erstarken, namentlich auch durch Staatsleistungen, daß sie mehr leisten können (Zuruf Richerts: Ist ja 1888 und 1889 geschehen). Aber die damalige Regierung hat das nicht für ausreichend gehalten, um das provisorische Gesetz zu beseitigen. (Zuruf Richerts: Damals war Bismarck noch da!) Wenn die Grund- und Gebäudesteuer fällt, dann will man diese Steuerquelle sofort für die Schule in Beschlag nehmen. Man übersieht aber dabei, daß die Landwirthschaft mit der Alters- und Invalidenversicherung eine Last auf sich genommen hat, die schwerer ist als die Grundsteuer (Zustimmung rechts). Gerade auf dem Gebiete des Schulwesens ist eine Schranke gegen die einseitige Bureaukratie und ihre Willkür nothwendig; hier muß statt der Centralisation eine Decentralisation herbeigeführt werden. Ich habe den einheitlichen in keiner Weise stritigen Standpunkt meiner Freunde dargelegt. (Beifall rechts.)

Abg. **Hobrecht** (nat.-lib.): Wenn ein Theil der Vorlage an die Steuercommission verwiesen wird, so wird damit bekundet, daß man die Vorlage für gänzlich verfehlt hält. Wir halten das Gesetz für verbesserungsfähig und bitten deshalb, dasselbe an eine besondere Commission zu verweisen. Mit dem Wortlaut des § 82 des Einkommensteuergesetzes steht die Vorlage allerdings in Widerspruch, aber nicht mit der Absicht des Gesetzes. Man hat nicht nur von der Ueberbürdung der Grund- und Gebäudebesitzer, sondern auch von der Ueberlastung der Gemeinden gesprochen. Innerhalb der Steuerreform kann den ärmeren Gemeinden nicht geholfen werden, sondern nur durch Staatszuwendungen. Gerade die Schullasten bilden für die Gemeinden die bedenklichste Last, weil sie gleichmäßig trifft die armen wie die reichen Gemeinden. Daraus entsprang auch wohl das Gesetz von 1887, gegen welches ich damals angekämpft habe aus den Gründen, welche die Regierung jetzt selbst anführt. Gegen das Gesetz einzutreten bewegt uns nicht Mißtrauen gegen die Selbstverwaltungsbehörden; diese müssen parteisch sein zu Gunsten ihrer Gemeinden, die Vertheilung der Staatszuschüsse muß dadurch immer ungerechter werden. Ganz wird die Willkür allerdings nicht beseitigt werden können, aber nach der Durchführung der neuen Einkommensteuer kann man wohl für die Bemessung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden einen besseren Maßstab finden als früher. Wenn eine Gemeinde 80 bis 90 Procent der Einkommensteuer für die Volksschule aufbringen muß, dann hat sie die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit überschritten; der Staat muß ihr helfen. Daß in einzelnen Gemeinden aus vorhandenem Vermögen die Schullasten gedeckt werden, kann nicht verhindern, für die große Mehrzahl der Gemeinden eine feste Grenze festzustellen. Es muß auch möglich sein, gewisse Normen für die Lehrergehälter — Maximal- oder Minimalgehalt — in das Gesetz hineinzubringen. Denn sonst kann die Aufhebung des Gesetzes von 1887 nicht fruchtbar werden.

Finanzminister **Miquel**: Vom fiscalischen Standpunkte aus würde mir das Gesetz nicht angenehm sein, denn es nimmt der Staatskasse jede Chance einer Mehreinnahme und fördert auch nicht die Steuerreform. Als Staatsminister muß ich die Vorlage vertreten, weil sie nicht eine Beseitigung des § 82 des Einkommensteuergesetzes, sondern eine zweckmäßige Ausführung desselben ist. (Widerspruch beim Centrum.) Wir wollen die Grund- und Gebäudesteuer beseitigen, aber auch die Gemeinden entlasten; das wird durch die Ueberweisung der Staatszuschüsse erreicht (Abg. v. Strombeck: Nur in Höhe von 4 Millionen), soweit die Mittel eben reichen. Vom Thesauriren ist keine Rede; das Kapital soll zur Staatskasse vereinnahmt werden, dafür soll eine Rente in den Etat eingestellt werden. Wie man auch die angesammelten Ueberschüsse vertheilen will, das Kapital wird man nicht vertheilen, sondern dasselbe auf Anleihen verrechnen und die Renten in den Etat einstellen. Ich möchte bitten, die Vorlage nicht an die Steuercommission zu verweisen. Bisher hat über die Höhe der Lehrergehälter allein die Unterrichtsverwaltung bestimmt; aber in der Bestimmung der Minimalgehälter liegt auch eine finanzielle Belastung des Staates, der subsidiär die Schullast tragen muß. Deshalb muß der Finanzminister mitwirken, um die Staatskasse zu schützen und damit auch die einzelnen Gemeinden. Jetzt ist das Geldbewilligungsrecht eigentlich aus dem Landtage in die Selbstverwaltungsbehörden verlegt worden. Bei der Regelung der Schullasten wird man zu scheiden haben zwischen den Ausgaben, die den Gemeinden zufallen und solchen, die größeren Verbänden übertragen werden müssen. Ich hoffe, daß Ihnen noch in dieser Session bezüglich der Lehrerpensionen eine derartige Vorlage zugehen wird. Herr Hobrecht macht bezüglich der Vertheilung der Staatszuschüsse einen Vorschlag, der direct zur Verstaatlichung der Schule führen müßte. Eine gleichmäßige mechanische Vertheilung würde nur großes Unheil anrichten. Das zeigt sich bei dem Staatszuschuß von 600 Mk. für jedes Lehrergehalt, wobei Gemeinden unterstützt werden, die es nicht brauchen, während das Geld an anderer Stelle fehlt. Eine organische Regelung der Schullasten enthält die Vorlage nicht, ein Dotationsgesetz kann in absehbarer Zeit kaum zu Stande kommen. Aber es handelt sich hier um Mißstände, deren Beseitigung dringlich ist. Die Beamtengehälter verdienen auch eine Aufbesserung, aber dafür sind die Ueberschüsse der Einkommensteuer nicht bestimmt; sie sollen den Gemeinden, nicht der Staatskasse zu Gute kommen. Es handelt sich darum, ob das Land einen Steuerbetrag von 5 Millionen mehr aufbringen soll für diese dringende Aufgabe oder nicht. Ist das Uebel, daß das Land in der Ergänzungssteuer 35 statt 30 Millionen zahlt, so groß, daß man diese Uebelstände bestehen lassen muß? Andere Mittel dazu sind sonst nicht vorhanden. Die finanziellen und die anderen Bestimmungen der Vorlage sind nicht von einander zu trennen. Denn ohne die Aufhebung des Gesetzes von 1887 haben wir keine Garantie für eine gleichmäßige Vertheilung der Staatszuschüsse. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Um $3\frac{1}{2}$ Uhr wird die weitere Berathung bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Reichstag.

16. Sitzung vom 17. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths Graf von Caprivi, von Maltzahn-Gültz, bairischer Finanzminister von Riedel und Andere.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung mit einem Neujahrsgruß an die Mitglieder des Hauses und widmet den seit der letzten Sitzung verstorbenen Abgeordneten Lange-Liegnitz und Peter Reichensperger einen warm empfundenen Nachruf. Zu Ehren des Andenkens der beiden Dahingeschiedenen erhoben sich die Mitglieder von ihren Plätzen.

Das Strafverfahren gegen den Abg. Ahlwardt ist gemäß dem Beschlusse des Reichstags vom 10. Dezember für die Dauer der gegenwärtigen Session sistirt worden.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Erhöhung der Brausteuer. Die Vorlage verdoppelt den bisherigen Brausteuersatz für Getreide, Reis und grüne Stärke von 4 auf 8 Mark und schreibt die Einbeziehung von Elsaß-Lothringen in die Brausteuergemeinschaft vor.

Die Discussion wird eingeleitet durch

Staatssecretär **v. Maltzahn**: Es dürfte überflüssig sein, besonders zu motiviren, warum die verbündeten Regierungen nicht einfach die Mehrkosten, welche die Militärvorlage verursacht, auf die Matricularbeiträge geschlagen haben. Seit über die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke verhandelt wird, sind auch diese besonderen Steuergesetze in Vorbereitung gewesen, was hervorgehoben werden muß, weil in der ersten Berathung der Militärvorlage eine gegentheilige Meinung von einer Seite ausdrücklich geäußert wurde. Die drei Steuervorlagen sollen gerade nur den Bedarf der Militärvorlage decken. Eine Steuerreform im großen Stile einzuleiten, dazu war der Zeitpunkt schon deswegen nicht geeignet, weil sich einmal die finanziellen Ergebnisse der Handelsverträge noch nicht übersehen lassen und dann, weil in Preußen gleichzeitig eine große Steuerreform ihres Abschlusses harrt. Auch haben wir geglaubt, daß eine Vorlage, welche mehr als das momentane Bedürfniß deckt, im Reichstage kaum Aussicht auf Annahme finden dürfte. Artikel 70 der Reichsverfassung bestimmt ausdrücklich, daß wenn die ordentlichen Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht reichen, zunächst neue Reichssteuern und dann erst die Matricular-Beiträge in Betracht kommen. Neue Reichssteuern sind Ihnen indessen nicht vorgeschlagen, vielmehr haben wir den richtigen Weg in einer größeren Ausnutzung der bestehenden Reichssteuern wählen zu sollen geglaubt. Das vorgeschlagene Gesetz betreffend die Brausteuer bringt einen Betrag, der mehr als die Hälfte des Bedarfs erreicht. Das Gesetz hat allerdings in letzter Stunde einen scharfen Widerstand aus den betheiligten Interessentenkreisen gefunden, der aber von den verschiedenartigsten Gesichtspunkten ausgeht. Was zunächst die Belastung betrifft, so beträgt sie in der Brausteuergemeinschaft durch Steuer und Zoll pro Kopf 79 Pfennige; dagegen in Baden 3,34, in Württemberg 4,25, in Baiern sogar 5,53 Mark. Dabei ist in Baiern, wo die Brausteuer dreimal so hoch, das Bier durchweg billiger, als in der Brausteuergemeinschaft. Vor mehr als 70 Jahren bereits ist der jetzige Steuersatz in Norddeutschland festgestellt worden. Sollte eine Erhöhung desselben durchaus und überhaupt unmöglich sein? Die vorgeschlagene, nicht übermäßige Erhöhung kann unstreitig getragen werden. Wie die Erhöhung im einzelnen wirken wird, läßt sich ja nicht mit absoluter Sicherheit voraussagen. Daß der Brauer die Erhöhung zu tragen haben wird, ist in den Motiven keineswegs gesagt, es heißt dort vielmehr nur, daß die Erhöhung nicht nothwendig auf den Ausschankpreis einwirken werde. Jedenfalls kann nicht behauptet werden, daß dieses Gesetz den Steuerzahlern eine unerträgliche Last aufbürdet. Bei gründlicher Betrachtung besonders in der Commission, werde sich zeigen, daß das Reich diese erheblichen Mehreinnahmen ohne jede Unbilligkeit gegen die interessirten Kreise oder die Consumenten einstreichen könne.

Abg. **Goldschmidt** (freis.): Der Reichssecretär hat heute nichts weiter gesagt, als was uns in den Motiven [illegible]; er ist nicht eingegangen auf die zahlreichen Vorstellungen aus den Kreisen des gesammten Braugewerbes, nicht auf die Petitionen aus zahlreichen anderen gewerblichen Kreisen, die einer ganz anderen Anschauung über die Wirkung des Gesetzes Ausdruck geben. Der Hinweis auf die Süddeutschen ist ein sehr unglücklicher, denn Bier bedeutet dort im täglichen Haushalt etwas ganz anderes als in Norddeutschland, und außerdem sind die Brausteuererhöhungen, die Malzzuschläge dort immer in Zeiten des wirthschaftlichen Aufschwungs erfolgt, während wir in ganz Deutschland jetzt mitten in einer schweren Krise stehen, deren Vorhandensein die Reichsregierung ja ganz officiell in der Thronrede anerkannt hat. Nun stellt man einfach als Resultat der Verdoppelung der Brausteuer eine doppelte Einnahme, statt 26 Millionen 52 Mill. ein. Die Brausteuervorlage von 1881 war vorsichtiger, sie stellte nur $\frac{1}{10}$ als Mehrbetrag ein, wie es in Baiern thatsächlich nach der Erhöhung des Malzzuschlages von 1879 eintrat. Woher soll also jetzt die Verdoppelung der Einnahmen erfolgen? Wir haben ja Herrn Riedel, den bairischen Finanzminister, heute hier; vielleicht erzählt er seinem Collegen vom Reiche, wie es damals in Baiern mit der Erhöhung beschaffen war. Der Verbrauch des Biers in Baiern vollzieht sich auf Kosten des Verbrauchs von Kaffee, Thee, Cacao, Branntwein, Zucker u. s. w.; das gelobte Land des Bierverbrauchs kann also nicht maßgebend sein für den Consum in Norddeutschland, wo die Verhältnisse ganz anders liegen. Der Branntweinconsum in Baiern beträgt noch nicht ein Drittel dessen in Norddeutschland, nämlich nur 2,5 Liter gegen 7,9. Die Belastung des Branntweines beträgt in Baiern nur $\frac{1}{4}$ von derjenigen in Norddeutschland. Es lassen sich also diese Verhältnisse nicht ohne Weiteres vergleichen. In Baiern bildet die Brausteuer die Haupteinnahme, das System der directen Steuern ist dort nicht so ausgebildet wie bei uns. Nun wird ja der Zunahme des Bierconsums in der Vorlage eine ethische Bedeutung beigelegt, im Gegensatz zu der Haltung des Fürsten Bismarck, der es als Getränk des armen Mannes überhaupt nicht gelten lassen wollte und ihm alle möglichen schlechten Eigenschaften nachsagte. In der That hat der Bierconsum zugenommen und gleichzeitig ist dieses Volksgetränk immer billiger geworden. Wir haben keinen Grund, diesem Vordringen des Bieres dem Branntwein gegenüber Einhalt zu thun. Die Motive sagen nun, die Verdoppelung der Biersteuer werde die Entwickelung des Bierverbrauchs nicht hemmen. Sie verweisen auf die großen Einnahmen der großen Brauereien, ohne auch nur im Geringsten daran zu denken, daß es eine ungeheure Zahl von Gastwirthen giebt, die mühselig mit des Lebens Noth zu kämpfen haben, die erst neuerdings mit einer besonderen Betriebssteuer bedacht worden sind und demnächst auch noch von besonderen communalen Steuern betroffen werden können! Da heißt es nun obendrein jetzt im Reiche: Die Brauer haben genug verdient, sie können auch die Verdoppelung der Brausteuer aufbringen! Die Verfasser der Motive scheinen wirklich ihre Studien lediglich auf die großen Bierpaläste beschränkt zu haben. Der Verdienst eines norddeutschen Wirthes übersteigt nicht nur nicht den Verdienst eines bairischen, sondern bleibt meist hinter demselben zurück. Herr Zeitz in Meiningen, unser früheres Mitglied, bestreitet auch von seinem Standpunkt als mitteldeutscher Brauer, daß das Bier in Baiern billiger sei, als in Norddeutschland. Im Durchschnitt ist das Bier im Norden billiger, und unzweifelhaft ist es falsch, wenn die Motive sagen, es betrage in Norddeutschland der Unterschied zwischen dem Ausschankpreise und dem Verkaufspreise der Brauer 19,8 Pfennige für das Liter, während er in Baiern nur 7,3 Pfennige beträgt. Niemand anders als der Brauer wird die Steuererhöhung zu tragen haben, er wird die 26 Millionen aufbringen müssen, welche die Vorlage verlangt; ihnen wird also eine Specialsteuer mit diesem Gesetz neu auferlegt. Es ist bereits mit aller Schärfe in der Oeffentlichkeit nachgewiesen worden, daß die Actienbrauereien ihr Kapital nur noch mit 1 v. H. verzinsen würden, wenn die Vorlage Gesetz wird. Wie sollen sich die Verhältnisse bessern, wenn solche Verluste den Interessenten der Actienbrauereien zugemuthet werden? Als in Baiern der Malzaufschlag erfolgte, war die Brauindustrie in einer großen Umwälzung begriffen; damals wurden die Eismaschine und andere technische Fortschritte in den Dienst der Brauereien gestellt. Heute, nach 12 Jahren, ist der Consum des Bieres in Baiern noch nicht so groß, wie er vor der letzten Erhöhung war. Die Production ist freilich gestiegen, aber nur, weil die Brauereien zur Ausgleichung des Verlustes gezwungen waren, sich auf den Export zu werfen, und zwar auf den Export nach der Brausteuergemeinschaft. Die Bierpaläste dürfen also auch aus diesem Grunde nicht als eine günstige, sondern müssen als eine ungünstige Wirkung jener Steuererhöhung in Baiern angesehen werden; und wenn einige heimische Brauereien in der Errichtung von Bierpalästen nachfolgten, so haben sie es gethan „der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Trieb.“ Die norddeutschen Brauer haben kein Aequivalent für die Verdoppelung der Steuer, wie die süddeutschen; sie haben keine Möglichkeit der Abwälzung. Der Bierconsum geht ohnedies in der Brausteuergemeinschaft und in Baiern und Baden zurück. Eine Steuererhöhung durch Erhöhung des Bierpreises abzuwälzen, ist also ganz ausgeschlossen. In Frankreich ist gerade jetzt der Vorschlag gemacht worden, um dem Biere den Kampf gegen den Branntwein zu erleichtern, die Biersteuer aufzuheben und gleichzeitig die Steuerfreiheit des Branntweins als Haustrunk aufzuheben. Die neue Biersteuer muß die kleinen Brauereien ruiniren, sie wird auch die großen schädigen; sie wird einem großen Industriezweig Verderben bringen. Die Frage, auf welche Weise denn sonst die Mittel aufgebracht werden sollen, beantworte ich nicht, denn ich bestreite die Nothwendigkeit der Mittel. Wenn aber doch solche Nothwendigkeit sein sollte, so hatte die Regierung schon den richtigen Weg dazu gefunden, indem sie die Liebesgabe für die Branntweinbrenner einschränken wollte, leider ist sie davon wieder zurückgekommen. Die Vorlage hat schon Schaden genug angerichtet seit ihrem Erscheinen; ich bitte Sie, ihr so früh als möglich das Grab zu graben. (Beifall links.)

Staatssecretär **v. Maltzahn**: Die Zahl von 19,8 Pfennig als Unterschied zwischen dem Ausschankpreis und dem Verkaufspreis der Brauer beruht auf sorgfältigen Erhebungen, über welche ich in der Commission gern nähere Auskunft geben werde. (Zuruf: Darauf können wir aber nicht warten.) Wenn in Baiern ein Rückgang der Zahl der Brauereien eingetreten sein sollte, so wäre damit nicht bewiesen, daß der Rückgang eine Folge jener Gesetzgebung ist, denn im Elsaß ist keine Steuerveränderung eingetreten und doch eine Verminderung von 317 auf 194 erfolgt. Der Rückgang liegt vielmehr daran, daß, weil das Geschäft ein gutes ist, große Actienbrauereien die kleinen aufgekauft haben. Unter den Dividenden der Actienbrauereien finden sich solche, welche bis 45, ja 50 v. H. betragen. (Zuruf: Eine einzige, und auch die nicht mehr.) Diese einzige kennt der Herr Vorredner, es sind aber auch zahlreiche Dividenden zwischen 20 und 30 v. H. darunter.

Bair. Finanzminister **v. Riedel**: Der Abg. Goldschmidt hat behauptet, die letzte Erhöhung des Malzaufschlags in Baiern habe Tausenden von Existenzen Schaden gebracht. Diese Behauptung ist irrig. Unsere aufmerksamen und eifrigen Ermittelungen über die Wirkung dieser Erhöhung sind rechtzeitig angestellt und dem bairischen Landtage mitgetheilt worden. Es ergab sich daraus, daß von 1880 bis 1888 im Ganzen 563 Betriebe eingegangen, 342 neu entstanden sind. Bei diesen Zahlen ist zu beachten, daß etwa 6000 Brauereien vorhanden sind; davon sind 221 eingegangen. Es handelt sich aber dabei nicht um bloße Betriebseinstellungen, sondern aus der Nachforschung nach den Gründen der Einstellung ergab sich, daß nur bei 10 die Steuererhöhung die Ursache war. (Hört! Hört!) Ganz gewiß befinden sich die kleineren Brauereien in einer wenig günstigen Lage dem Großbetrieb gegenüber. Das liegt aber nicht an den Steuerverhältnissen, sondern an der besseren Ausnützung der maschinellen Einrichtungen und dergleichen, die fast allein den Großbetrieben möglich ist, ebenso an der Einrichtung des Großkapitals, das den Großbetrieben mehr zu Hilfe kommt, endlich an der Leichtigkeit und Billigkeit des Eisenbahntransports. Die Abstufungen, welche wir 1889 in Folge dieser Wahrnehmung eingeführt haben, sind den Kleinbetrieben günstig gewesen. Auch die Behauptung, daß in Baiern bloß 30 v. H. eingegangen sind, beruht auf einem Mißverständniß. In der Hauptsache ist die Erwartung der bairischen Regierung in Bezug auf die Höhe des Eingangs vollkommen erfüllt worden; denn 20 Millionen Brausteuer 1879 standen 32 Millionen 1881 gegenüber. In Baiern wird keineswegs das Bier auf Kosten der anderen Getränke außerordentlich bevorzugt. Der Bierconsum unterliegt ganz außerordentlichen Schwankungen. Auch der Kaffeeconsum ist in Baiern sehr beträchtlich. Der Bierpreis ist trotz der Steuererhöhungen nicht in die Höhe gegangen, jedenfalls sind irgend erhebliche Klagen aus dem Publikum darüber nicht laut geworden. In der Pfalz, die früher bloß ein Aversum bezahlte, ist die Einführung der Brausteuer und bald darauf die der Erhöhung des Malzzuschlags am Consum spurlos vorübergegangen.

Abg. **Hug-Constanz** (Centr.): Die Verdoppelung der Brausteuer für die Brausteuergemeinschaft zieht eine Erhöhung der Matricularbeiträge für die süddeutschen Staaten Baiern, Württemberg und Baden von zwölf Millionen nach sich, wovon Baden etwas über zwei Millionen tragen soll. Baden steht hiernach vor der Frage, ob es eine entsprechende Vermehrung der Einnahmen oder eine entsprechende Verminderung der Ausgaben eintreten lassen kann. Vermehrung der Einnahmen ist kaum denkbar, weder bei den directen noch bei den indirecten Steuern, und ebenso wenig scheint eine Minderung der Ausgaben ausführbar. Ich kann nur wünschen, die Militärvorlage erfährt eine solche Reduction, daß es nicht nöthig wird, die Brausteuer zu erhöhen, daß es überflüssig wird, auf diese Vorlage zurückzukommen.

Abg. **Gamp** (Reichsp.): Wir sind zunächst mit den verbündeten Regierungen darin einverstanden, daß die Deckung der neuen Bedürfnisse für die Heeresvermehrung aus der größeren Ausnutzung der vorhandenen Einnahmequellen des Reichs gewonnen wird. Zu diesen rechnen wir auch das Steuerobject des Bieres und sehen in der Verdoppelung der Brausteuer den Weg, auf welchem mindestens die Hälfte des Bedarfs zu erlangen ist. Die Gründe, welche Herr Goldschmidt gegen die beabsichtigte Erhöhung angeführt hat, haben durch die Entgegnung des bairischen Finanzministers schon viel an Gewicht verloren, wenn er aber auf die sogenannte Liebesgabe hinweist, so bedauere ich die ungeheure Einseitigkeit dieses Vorschlages, dem die Mehrheit des Hauses gewiß keine Sympathie entgegenbringt. Es bleibt ja bedauerlich, daß die Regierung ihren ursprünglichen Plan einer Champagnersteuer nicht weiter verfolgt hat; es gab auch noch andere Wege, auf denen hohe Beträge von Reichs wegen zu gewinnen waren, wie die Quittungs- und Inseratensteuer. Die Brausteuer hat die Natur einer Consumsteuer und muß sie haben; im allgemeinen soll auch der Consument diese Steuer tragen, damit ist aber durchaus vereinbar, daß in einzelnen Fällen, zumal da, wo der Consument schon durch ungebührliche Vortheile des Producenten überlastet ist, die Steuer dem letzteren auferlegt wird. Das norddeutsche Bier ist thatsächlich theurer, als das süddeutsche. Als Sedlmayr in Berlin zuerst einen Bierpalast errichtete, wollte er das halbe Liter mit 25 Pfennig verkaufen, und nur die Beschwörung der hiesigen Brauereien veranlaßte ihn schließlich, den Preis auf 30 Pfennig zu normiren. (Widerspruch links.) Es giebt eine ganze Reihe von Mitteln, diese Mehrbelastung, wie es meiner Meinung nach in der Ordnung ist, auf den Consumenten zu übertragen; man braucht ja nur daran zu erinnern, wie es mit der Innehaltung des Aichstrichs in Wirklichkeit beschaffen ist, eventuell braucht man vor einer Preiserhöhung

nicht zurückschrecken, denn auch in Leipzig z. B. wird das 4/10 Liter-Glas nur mit 13 Pfennig bezahlt. Die Verwerthung der wirthschaftlichen Bedeutung des Bierconsums als Nahrungsmittel gegenüber dem Branntwein läßt sich heute nicht mehr so leicht betreiben, wie es Herr Goldschmidt glaubt. Der Consum an Trinkbranntwein ist seit 1885/87 um etwa 120 Millionen Liter zurückgegangen. Die in Norddeutschland gebrauten Biere fallen außerdem keineswegs ohne weiteres unter die unbedenklichen Genußmittel. Die Einbeziehung der Reichslande kann ich nicht billigen, denn es würde damit denselben nur ein erhebliches Geschenk gemacht, nachdem sie ein solches schon bei der Branntweinsteuer erhalten haben. Die Uebergangsabgabe muß meiner Meinung nach erheblich erhöht werden, ebenso die Ausfuhrvergütung; auf diesen beiden Gebieten muß man den norddeutschen Brauereien entgegenkommen. Auch der von verschiedenen Seiten geforderte zweimonatige Steuercredit sollte gewährt werden. Ferner sollte der Unfug des Verkaufs des Bieres in ungeaichten Gefäßen und gleichzeitig die Benutzung aller Surrogate, wenigstens nach einer gewissen Uebergangszeit, verboten werden. Hätte die Regierung diese Aussichten den Brauern von vornherein eröffnet, so würde der Widerstand gegen die Vorlage gar nicht einen solchen Umfang angenommen haben. Erfreulich ist mir, daß Herr Goldschmidt anerkennt, daß die Steuer sich nicht auf den Cosumenten abwälzen läßt; hoffentlich wird er die Consequenzen ziehen, wenn es sich um die Branntweinsteuer, und auch, wenn es sich um die Getreidezölle handelt.

Abg. **Rösicke** (wild): Die Thronrede und der Reichskanzler haben gleichmäßig an den Patriotismus des Hauses appellirt, die Lasten auf sich zu nehmen, welche die Ehre und Würde des Reiches erforderten, und zwar würden diese Lasten keine unerschwinglichen sein. Was aber an Steuern vorgeschlagen ist, entspricht diesen Aeußerungen nicht. Man hat das Bier herausgegriffen und eine Steuererhöhung vorgeschlagen, die der Reichstag schon wiederholt abgelehnt. Die Motive der Vorlage sind so einseitig von dem Gesichtspuukte ausgegangen, daß die Brauer die Erhöhung tragen können und daß eine Erhöhung des Ausschankpreises gleichfalls nicht nöthig sei, da der Ausschank ganz außerordentliche Gewinne in der Brausteuergemeinschaft abwerfe, daß es wirklich schwer fällt, gegen solche Motive ernsthaft zu polemisiren. Die kleineren Brauereien werden unzweifelhaft der Steuererhöhung zum Opfer fallen und auch die größeren, aber nicht genügend kapitalkräftigen Brauereien schwer geschädigt werden. Die Verminderung der kleinen Brauereien ist eine Folge der Concentration des Kapitals. Diesen Prozeß können wir nicht ändern, aber wir dürfen ihn auch nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen beschleunigen. In Norddeutschland hat sich der Biergenuß erst in den letzten Jahrzehnten eingebürgert; ihm steht immer noch der Branntwein als Concurrent gegenüber. Die Gefahr, daß mit Rücksicht auf eine eintretende Vertheuerung des Bieres weitere Kreise der Bevölkerung sich dem Branntweingenusse zuwenden könnten, ist nicht etwa ausgeschlossen, wie die Vorlage meint, sondern wird sicher eintreten, wenn die Steuererhöhung eine Vertheuerung oder eine Verschlechterung, was ungefähr dasselbe ist, verursacht. Und dabei hat dieselbe Regierung uns auch ein Trunksuchtsgesetz vorgelegt! Jedenfalls hat in Baiern die Brausteuergesetzgebung zu einer Stagnation des Gewerbes geführt; wenn man in Baiern damit zufrieden ist, so hat das Baiern mit sich selbst abzumachen. Wir aber wollen einer entsprechenden Gesetzgebung im Reiche nur dann zustimmen, wenn die Entwickelung des Gewerbes dadurch überhaupt nicht gehemmt wird. Was Herr v. Riedel ausgeführt hat über die Frage des Rückganges des Consums, würde nicht bloß die Verdoppelung, sondern auch die Verfünffachung der Brausteuer rechtfertigen. (Sehr richtig! links). Baiern kann für uns Norddeutsche überhaupt kein Vorbild sein und kann auch nicht angeführt werden als Beispiel für die Berechtigung der Belastung der Großbrauereien, denn diese haben das Ventil des Exports, wenigstens auf absehbare Zeit. Was die Motive über den Ausschankgewinn sagen, widerspricht direct den Thatsachen. (Hört!) Der Betrag von 19,8 Pfennige ist der höchste Betrag, der in Norddeutschland vorkommt, nicht der Durchschnitt. In Norddeutschland sind von 32 Millionen Hectoliter 8 Millionen obergähriges Bier, welches überhaupt für nur 8 bis 20 Pfennige für das Liter verkauft wird. Aber auch bei den besseren Bieren wird dieser Betrag von 19,8 Pfennigen lange nicht erreicht. Die betreffende Berechnung geht davon aus, daß das 4/10 Literseidel durchweg für 15 Pfennige verkauft wird. Das ist ebenso unrichtig. In Hessen-Nassau, Thüringen sind die Bierpreise durchaus wie im Süden, in Sachsen kostet das Liter Bier etwa 30 Pfennige. Wenn Herr Gamp den Berliner Brauereien unterschiebt, sie wären in Erregung gerathen über ihre angebliche Schädigung durch die Absicht des Herrn Sedlmayr, den halben Liter für 25 Pfennig zu verkaufen, so gehört diese ganze schöne Erzählung in das Gebiet der Fabel. Herr Gamp und sein Gesinnungsgenosse Herr v. Frege kommen eben nicht in die einfacheren Lokale der Berliner Brauereien, und daher erklärt sich ihre Unkenntniß der wirklichen Verhältnisse. Die Regierung hat aber auch noch einen wichtigen Factor ganz vergessen, der das Aufblühen der norddeutschen Bierindustrie mit herbeiführte, das ist der Umsatz des Flaschenbieres, der in manchen Städten den vierten Theil der ganzen Consumtion beträgt. Nur im Punkte der Uebergangsabgabe stimme ich mit Hrn. Gamp überein. Wenn wirklich der Bundesrath sich auf die Forderung der bairischen Brauer einließe, die Uebergangsabgabe nicht zu erhöhen, dann würden alle Brauereien in der Nähe der bairischen Grenze aufs äußerste gefährdet sein. Ich hoffe und erwarte, daß die große Mehrheit des Hauses diese Vorlage verwerfen wird, auch diejenigen, welche den Schutz des Kleingewerbes und die Fürsorge für die arbeitenden Klassen auf ihre Fahne geschrieben haben.

Staatsminister von Maltzahn: Ich kann nicht zugeben, daß die Vorlage steht und fällt mit der Richtigkeit der angegebenen Zahl von 19,8 Pfg. als Differenz der Ausschank- und Brauerpreise. Diese Durchschnittsziffer bezieht sich nur auf untergährige Biere. Die Uebergangsabgabe zu regeln liegt dem Bundesrath ob.

Um 5¼ Uhr wird die Fortsetzung der Berathung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Außerdem Interpellation Auer und Genossen betreffend Maßregeln gegen den allgemeinen wirthschaftlichen Nothstand.

Deutschland.

* **[Anträge in der Militärcommission.]** Abg. Richter hat der Militärcommission des Reichstages folgende Anträge an die Adresse der Regierung auf Vervollständigung des Materials unterbreitet:

1. Zur Klarstellung des Unterschiedes zwischen dem jetzt geltenden Begriff von Präsenzstärke und der Durchschnittsstärke, welche künftig maßgebend sein soll, ist erforderlich die Mittheilung einer Uebersicht über die thatsächlich vorhandene Stärke des Heeres (effective Stärke), zum mindestens der Stärke des preußischen Contingents, welche durchschnittlich in den einzelnen Monaten der Jahre 1891 und 1892 effectiv war. Eine solche Uebersicht ist der Militärcommission des Reichstages im Frühjahr 1874 über die Jahre 1872 und 1873 mitgetheilt worden. Es dürfte zugleich anzugeben sein, in welchen ungefähren Summen der Unterschied zwischen Effectivstärke und gesetzlicher Stärke sich vertheilt auf die verschiedenen Kategorien der Rekrutenvacanz, der Beurlaubungen u. s. w. 2. Zur Klarstellung der Vorlage ist es erforderlich zu wissen, wie die beabsichtigte Vermehrung der Rekruten um jährlich 60 000 Mann sich vertheilt auf die einzelnen Waffengattungen und Cadres, bezw. welche Abänderungen in Bezug auf die jährliche Rekrutenvertheilung die Durchführung der Militärvorlage, beispielsweise für das preußische Contingent in den Bestimmungen vom 30. Januar 1892 über Einstellung der Rekruten für 1892 ergeben würde. 3. Wie stark ist gegenwärtig thatsächlich der dritte Jahrgang der Dienstpflichtigen bei den einzelnen Waffengattungen und Cadres der Fußtruppen? — 4) Wie viel Mannschaften werden gegenwärtig bei den Infanteriebataillonen außerhalb der Front ganz oder hauptsächlich verwandt zu Dienstleistungen als Burschen, Ordonnanzen, Aufwärter oder Verkäufer in Casinos und Kantinen, Waldaufseher, Schreiber, Musiker (außer der etatsmäßigen Zahl), Handwerker (excl. der etatsmäßigen Zahl der Oekonomiehandwerker), zu Kammerarbeiten, Arbeiten für die Artillerie, als Hilfskräfte in der Küche und für die Menage oder in ähnlicher Weise? Welchen Jahrgängen werden diese Mannschaften gegenwärtig entnommen?

* **[Das Spiritusmonopolproject]** hat auch heute noch vereinzelte Anhänger unter den Conservativen. So erklärt sich der „Reichsbote“ grundsätzlich für dasselbe.

* **[Die Ausprägung an Reichsmünzen]** stellte sich im Dezember v. Js. auf 100 000 Mark in Doppelkronen für private Rechnung; ferner auf 36 843,20 Mark in Nickel-Zwanzigpfennigstücken, auf 251 325,60 Mark in Zehnpfennigstücken, 155 557,85 Mk. in Fünfpfennigstücken, endlich auf 17 161,82 Mk. in kupfernen Einpfennigstücken.

Bremen, 10. Januar. Der „Weser-Zeitung“ zufolge machen die **Weser-Correctionsarbeiten** so günstige Fortschritte, daß die Bauverwaltung die Vertiefung des Freihafens um einen Meter mit einem Kostenaufwand von 276 000 Mk. beantragt hat.

Stuttgart, 10. Januar. Die **Eröffnung der Ständeversammlung** erfolgte heute unter dem üblichen Ceremoniell. Der König erschien, gefolgt von sämmtlichen Hofchargen und seinen Adjutanten. Die Vereidigung der neu eingetretenen Mitglieder, unter denen sich auch der Herzog Wilhelm von Württemberg und der Fürst von Fürstenberg befanden, wurde vom König vorgenommen.

Rußland.

Petersburg, 9. Januar. Den **russischen Eisenbahnen** war bisher verboten, **Materialbestellungen im Auslande** zu machen, was die russischen Industriellen ausnutzten, um durch Bildung von Syndicaten die Preise möglichst in die Höhe zu treiben. Um dem entgegenzuwirken, hat der neue Verkehrs- und Wegebauminister Kriwoschein beim Reichsrathe eine Verordnung eingebracht, welche das gedachte Verbot aufhebt und den Krons- und Privateisenbahnen gestattet, ihre Bestellungen im Auslande zu machen, wenn sie dadurch einen geringeren Preis erzielen können.

Amerika.

Washington, 9. Januar. Der Senat berieth die von Mac Pherson eingebrachte Bill, nach welcher die monatlichen **Silberankäufe suspendirt** werden sollen. Der Senator für Colorado, Teller, hob im Laufe der Berathung hervor, es sei keine Aussicht dazu vorhanden, daß die Bill in der gegenwärtigen Session angenommen würde. (W. T.)

Von der Marine.

* Die Corvette „Marie“ (Commandant Corvetten-Capitän Frhr. v. Lyncker) ist am 9. Januar in Sanct Vincent (Cap Verdische Inseln) eingetroffen und beabsichtigt, am 13. dess. M. nach Montevideo in See zu gehen.

Choleranachrichten.

P. C. **Konstantinopel,** 8. Januar. Die dreitägige Quarantäne für Schiffe aus Odessa mit Passagieren ist durch eine 48stündige ärztliche Observation mit gründlicher Desinfection aller Effecten ersetzt worden. Schiffe aus Odessa ohne Passagiere unterliegen nur mehr einer strengen ärztlichen Visite. Ferner wurde die fünftägige Quarantäne für Schiffe mit Passagieren aus den rumänischen und bulgarischen Häfen der Donau und des Schwarzen Meeres in eine 24stündige Observation umgewandet, während Schiffe aus diesen Häfen, wenn sie keine Passagiere an Bord haben, ebenfalls nur einer ärztlichen Visite unterworfen sind. Genau die gleiche Maßregel wurde betreffs der Schiffe, die aus den österreichischen und ungarischen Häfen des Adriatischen Meeres kommen, ergriffen. Hingegen wurde in Folge des Wiederauftretens der Cholera in Hamburg für Provenienzen von dort und der Elbe neuerdings eine fünftägige Quarantäne verfügt, die in dem Lazarethe von Clazomene oder Beyruth oder Tripolis in Afrika oder in demjenigen von Balona absolvirt werden kann.

Newyork, 10. Januar. Zwei Passagiere des Dampfers „Normannia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft haben gegen letztere eine Klage wegen einer Entschädigung von je 10 000 Dollars angestrengt, weil sie während der Cholera-Epidemie auf der Feuerinsel in Quarantäne zurückbehalten worden seien. Sie behaupten, daß ihnen bei ihrer Einschiffung versichert worden sei, daß Schiff würde Zwischendeck-Reisende nicht befördern.

Am 12. Januar: S.-A. 8.16, S.-U. 4.2. **Danzig, 11. Jan.** M.-A. 3.9 M.-U. b. T.

Wetteraussichten für Donnerstag, 12. Januar und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Meist bedeckt, trübe, Nebel, kalt. Strichweise Schnee.

Für Freitag, 13. Januar:

Bedeckt, trübe, Nebel; kalt. Strichweise Schnee.

Für Sonnabend, 14. Januar:

Vielfach bedeckt, Nebel, kalt; theils heiter, ohne erhebliche Niederschläge.

* **[Verkehrsstörungen.]** Die Schneestürme der letzten Nacht und des heutigen Morgens haben allenthalben Verkehrsstörungen hervorgerufen. So konnte der heute Morgen 7 Uhr fällige Schnellzug nach Stettin und Berlin vom Hohethor-Bahnhof nicht abgelassen werden. Der Anschlußzug vom Berliner Nacht-Schnellzuge traf hier erst gegen 11 Uhr Vormittags statt 7 Uhr 20 M. Morgens ein. Die Strecken **Hohethor—Zoppot** und **Hohethor—Legethor-Bahnhof** waren Morgens unpassirbar. Auf der Strecke Hohethor-Bahnhof—Langefuhr sind Colonnen von Arbeitern beschäftigt, um diese passirbar zu machen. Auf der Strecke **Praust-Carthaus** dürfen nur Personenwagen abgelassen werden. Auch die Pferdebahn hat zu kämpfen, um den Verkehr aufrecht zu halten. So kann auf der Stadtbahn nur alle 20 Minuten ein Wagen abgelassen werden, während der Verkehr nach Langfuhr durch Schlitten aufrecht erhalten wird, welche halbstündlich vom Holzmarkt abfahren. Mit großen Anstrengungen wird auf allen Strecken gearbeitet, um dieselben von dem aufgewehten Schnee zu säubern. Der Wochenmarkt war natürlich heute gleich Null, da auch auf den Landstraßen kaum ein Verkehr möglich ist.

* **[Zur Sundpassage.]** Aus Kopenhagen wird heute telegraphisch gemeldet: Das Leuchtschiff von Drogors ist heute Nachmittag des Eises wegen eingezogen worden. Die **Dampfschiffahrt** ist im **Sund sehr beschwerlich.**

Ein Telegramm von heute Mittag aus Helsingör lautet: „Sund beinahe zu, starker Frost.“

* **[Bestätigung.]** Die auf dem Kreistage am 30. November 1892 vollzogene Wahl des Gutsbesitzers Burandt zu Gr. Trampken zum **Kreisdeputirten** des Kreises Danziger Höhe ist von dem Herrn Oberpräsidenten bestätigt worden.

* **[Die Schiffer-Controlversammlung]** für die Kreise Danziger Höhe und Danziger Niederung wird am 31. Januar im Exercirhause der hiesigen Wieben-Kaserne stattfinden.

* **[Stadttheater.]** Als nächste Opernnovität befindet sich in Vorbereitung die Mozart'sche Jugend-Oper **„Die Gärtnerin“**, welche am Montag neben dem Einakter „Recept gegen Schwiegermütter“ zum Benefiz für Frau Filomene Staudinger zum ersten Male zur Aufführung gelangen soll.

* **[Schwurgericht.]** Heute stand der bisher unbestrafte, 38jährige Schornsteinfegermeister Max Heinrich **Werth** aus Langfuhr vor den Geschworenen, angeklagt, vor dem hiesigen Schöffengericht am 2. Novbr. 1992 in dem Beleidigungsprozeß des Schutzmanns Heinrich aus Langfuhr gegen Klinski und Genossen dadurch einen wissentlichen Meineid geleistet zu haben, daß er beschwor, ebenso wenig etwas von einem in Langfuhr gegen Heinrich verbreiteteten Spotigedicht gewußt wie den Spitznamen „Nilpferd“, mit dem die Verklagten den Schutzmann eben beleidigt haben sollten, gekannt zu haben, drittens auch noch unter seinem Zeugeneid bestritt, am Tage vorher, dem 1. November, bei der Hebamme Kerwin gewesen zu sein, sich über das Gedicht geäußert und schließlich den Versuch gemacht zu haben, diese und ihren Ehemann durch Worte und Versprechungen in ihren Zeugenaussagen zu beeinflussen. Bei diesen Behauptungen, welche duch diejenigen anderer Zeugen im Termin gleich als unrichtig nachgewiesen wurden, blieb der Angeklagte trotz der ernstesten Vorhaltungen und Abmahnungen des damaligen Vorsitzenden des Schöffengerichts. Es wurde schließlich seine sofortige Verhaftung noch im Gerichtssaal wegen dringenden Verdachtes des Meineides beschlossen. Heute behauptet der Angekl., sich wenig mehr an jene Vorgänge erinnern zu können, er sei nicht bloß am Tage der Schöffengerichtssitzung, sondern schon mehrere Tage vor dieser stark angetrunken gewesen; er leide überhaupt an hochgradiger Gedächtnißschwäche und mangehaftem Erinnerungsvermögen. Herr Landgerichtsrath Bernhard, der die Voruntersuchung gegen den Angeklagten geführt hat, bezeichnet den Werth auch als einen ziemlich confusen Menschen, bei dem ein richtiges Denken kaum zu bemerken sei. Mehrere Zeugen bezeichnen den Beschuldigten gleichfalls als einen überaus vergeßlichen Menschen, der außerdem häufig dem Trunke ergeben gewesen sei. Hr. Sanitätsrath Dr. Freymuth, welcher als Sachverständiger der heutigen Verhandlung beiwohnte, gab in sehr eingehender Auseinandersetzung sein Urtheil dahin ab, daß er nach seinen Beobachtungen nur zu dem Schluß gelangen könne, daß der Angeklagte am 2. November 1892 bei Ablegung des Zeugeneides sich im Besitz derjenigen geistigen Fähigkeiten befunden habe, welche ihm das Verständniß und die Verantwortung seiner Handlungen ermöglichten. Die übrigen Zeugenaussagen bestätigen im wesentlichen die Anklagepunkte.

Der Angeklagte wurde des Meineides schuldig erklärt und, da er nach § 157 des Strafgesetzbuchs Anspruch auf Strafermäßigung hatte, zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt.

* **[Feuer.]** Gestern fanden zwei Brände statt, und zwar wurde die Feuerwehr am Vormittag 9¾ Uhr nach dem 2. Damm 12 gerufen, wo sie in der ersten Etage einen Fußbodenbrand zu bewältigen hatte, während sie am Nachmittag 3 Uhr 1. Damm 3 einen Kellerbrand löschen mußte, der dadurch entstanden war, daß Fastagen Feuer gefangen hatten.

[Polizei-Bericht vom 11. Januar.] Verhaftet: 19 Personen, darunter: 1 Arbeiter wegen Beleidigung, 1 Schuhmacher wegen groben Unfugs, 2 Bettler, 10 Obdachlose, 1 Betrunkener. — Gestohlen: 1 halbes ausgeschlachtetes Schwein, 1 blauer Ueberzieher. — Gefunden: Arbeitsbuch des Bäckergesellen August Grodbek; abzuholen im Fundbureau der königlichen Polizei-Direction. — Verloren: 1 Türkisenuhrkette mit 2 dergleichen Nadeln; abzugeben im Fundbureau der königlichen Polizei-Direction.

Aus der Provinz.

p. **Aus dem Kulmer Kreise,** 10. Januar. Durch eine große **Feuersbrunst** wurden die Gebäude des Besitzers Richert in Jamerau in der Stadtniederung heute eingeäschert. Nichts konnte gerettet werden. Es verbrannten auch 5 Pferde, 10 Kühe und 27 Schweine. Gebäude und Inventar war theilweise nur sehr niedrig und theilweise gar nicht versichert. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

K. **Thorn,** 10. Januar. Die **Verhältnisse der Weichsel** sind hier seit einigen Tagen unverändert. Das Wasser fällt etwas, bei dem anhaltenden Frost ist dies ein natürliches Vorkommniß. Ueber die Eisdecke ist seit heute früh von der Stadt eine ebene Bahn hergestellt worden, der Fußgängerverkehr zwischen Stadt und Hauptbahnhof hat dadurch eine erhebliche Erleichterung erfahren. — In der heutigen Sitzung der **Handelskammer** für den Kreis Thorn wurde Herr Hermann Schwartz jun. zum Vorsitzenden und Herr Schirmer zum stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt. Herr Stadtrath Kittler berichtete über die **Statistik der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung** im Jahre 1891. Im Oberpostdirectionsbezirk Danzig bewegt sich im Großen und Ganzen der Verkehr der einzelnen Orte in dem Rahmen ihrer Einwohnerzahl und ihrer sonstigen örtlichen Verhältnisse. In dem einen Orte wirkt auf den Verkehr die größere Einwohnerzahl, in dem anderen Fabrikthätigkeit, im dritten die Nähe der russischen Grenze bemerkbar ein. Was den Zeitungverkehr anbetrifft, so steht die Provinzialhauptstadt obenan mit 4 462 455 abgesetzten Exemplaren, es folgt Graudenz mit 4019 665, Elbing ist mit 1871 325 Exemplaren aufgeführt. Es folgen dann Thorn, Dirschau, Marienwerder u. s. w. — Wir berichteten unlängst über Abänderungen im **Eisenbahnfrachtverkehr** zwischen Rußland und Deutschland, namentlich in Angelegenheit der Aushändigung russischer Sendungen auf Grund von Duplicatfrachtbriefen. Die kgl. Eisenbahndirection zu Bromberg will das bisherige Verfahren, nach welchem es gestattet war, daß diese Sendungen aus Rußland auf Grund von Frachtbriefen mit fingirten Adressen ausgeliefert werden, einstweilen noch beibehalten unter der Bedingung, daß die Auslieferung derartiger Sendungen nur gegen Abgabe des Duplikatfrachtbriefes zu erfolgen hat. Die kgl. Eisenbahn-Direction zu Bromberg fragt an, ob die Handelskammer auf die Beibehaltung dieses Ausnahmeverfahrens besonderen Werth legt. Die Frage wird in bejahendem Sinne beantwortet. — Die Handelskammer beschloß, im Jahre 1894 den **Wollmarkt** hier am **13. Juni** abzuhalten, der zweite für den Wollmarkt bis dahin bestimmter Tag, 14. Juni, soll in Fortfall kommen. — Der Vertreter der Handelskommer, Herr Rosenfeld, hat auf der am 29. November v. Js. in Bromberg stattgefundenen Sitzung des Bezirkseisenbahnrathes den Antrag gestellt, den Frühzug der **Weichselstädtebahn** Thorn-Marienburg, Abgang aus Thorn 7 Uhr 53 Min. Vormittags, bis Marienburg durchgehen zu lassen. Dem Herrn Antragsteller wurde erwidert, daß gerade die Bewohner der an die Weichselstädtebahn anschließenden Orte sich zu Gunsten der jetzigen Zugverbindung ausgesprochen haben.

Telgramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. Januar. (Privattelegramm.) Der **Cultusminister** erklärte heute im Abgeordnetenhause, die Regierung salvire ihr Gewissen durch die **Schulvorlage.** Werde dieselbe abgelehnt, so treffe sie nicht die Verantwortung, wenn die himmelschreienden Mißstände fortbeständen.

Breslau, 11. Januar. (W. T.) Die ganze Belegschaft der „Deutschlandgrube“ ist heute angefahren. Der „Breslauer Zeitung“ zufolge ist **der Strike als beendet** anzusehen.

Saarbrücken, 11. Januar. (W. T.) Heute sind 13 316 Mann angefahren. Auf der Grube „König“ arbeitet alles.

Bergeborbeck, 11. Januar. (W. T.) Die Belegschaft der Zeche „Christian Levin“ ist heute in den **Ausstand** eingetreten.

Washington, 11. Januar. (W. T.) General Benjamin Franklin **Butler** ist **gestorben.**

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. Januar.

		Crs.v.10			Crs.v.10.
Weizen, gelb			5% do. Rente	91,70	91,30
April-Mai	158,50	156,70	4% rm.Gold-		
Juni-Juli	161,50	160,00	Rente ...	82,90	82,90
Roggen			5% Anat. Ob.	87,50	88,50
Januar ..	137,20	136,00	Ung. 4% Grd.	96,50	96,30
April-Mai	139,70	138,20	2. Orient.-A.	65,20	65,00
Hafer			4% russ. A.80	95,70	95,40
Januar ..	142,70	141,50	Lombarden	43,10	43,20
April-Mai	140,70	140,00	Cred.-Actien	172,25	171,40
Petroleum			Disc.-Com..	186,30	184,80
per 200 ℔			Deutsche Bk.	160,00	158,70
loco	22,20	22,20	Laurahütte.	97,25	97,00
Rüböl			Oestr. Noten	169,00	168,80
Januar ..	50,50	50,60	Russ. Noten	205,30	205,10
April-Mai	50,50	50,60	Warsch. kurz	204,60	204,90
Spiritus			London kurz	—	20,35
Jan.-Febr.	31,80	31,30	London lang	—	20,285
April-Mai	33,20	32,70	Russische 5%		
4% Reichs-A.	107,20	107,10	SW.-B. g. A.	73,50	73,40
3½% do.	100,10	100,00	Danz. Priv.-		
3% do.	86,10	86,10	Bank	—	—
4% Consols	107,10	107,10	D. Oelmühle	86,00	86,00
3½% do.	100,60	100,50	do. Prior.	97,00	99,00
3% do.	86,10	86,10	Mlav. S.-P.	107,50	107,80
3½%pm.Pfd.	97,90	97,70	do. S.-A.	62,10	62,00
3½% westpr.			Ostpr. Südb.		
Pfandbr. .	96,80	96,75	Stamm.-A.	73,25	73,00
do. neue ..	96,80	96,70	Danz. S.-A.	—	—
3% ital. g.Pr.	56,70	56,55	5% Trk.A.-A	89,90	90,00

Fondsbörse: abgeschwächt.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 11. Januar.

Weizen loco inländ. fest, transit unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr.

feinglasig u. weiß	745—799 Gr.	135—153 M Br.	116-149 M bez.
hochbunt	745—799 Gr.	133—152 M Br.	
hellbunt	745—799 Gr.	132—151 M Br.	
bunt	745—788 Gr.	129—151 M Br.	
roth	745—821 Gr.	127—150 M Br.	
ordinär	713—766 Gr.	118—143 M Br.	

Regulirungspreis bunt lieferbar transit 745 Gr. 127 M, zum freien Verkehr 756 Gr. 148 M.

Auf Lieferung 745 Gr. bunt per Januar zum freien Verkehr 151 M Br., 150½ M Gd., per Januar-Februar zum freien Verkehr 151 M Br., 150½ M Gd., per April-Mai zum freien Verkehr 155½ M Br., 155 M Gd., transit 130 M bez., per Mai-Juni zum freien Verkehr 157 M Br., 156½ M Gd., transit 131½ M bez., per Juni-Juli transit 133 M bez.

Roggen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr. grobkörnig per 714 Gr. inländ. 120 M, transit 101 bis 102 M.

Regulirungspreis 714 Gr. lieferbar inländisch 120 M, unterpolnisch 101 M.

Auf Lieferung per April-Mai inländisch 127 M Br., 126½ M Gd., do. unterpoln. 104½ M Br., 103½ M Gd., per Mai-Juni inländ. 129 M Br., 128 M Gd., do. unterpoln. 106½ M Br., 105½ M Gd.

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. weiße Koch- transit 105—106 M bez., weiße Futter- transit 94—96 M bez

Hafer per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 128—130 M bez.

Kleesaat per 100 Kilo weiß 120—136 M bez., roth 104 bis 126 M bez.

Kleie per 50 Kilogr. (zum See-Export) Weizen- 3,10—3,70 M bez.

Spiritus per 10 000 % Liter contingentirt loco 49½ M Gd., Januar-März 49½ M Gd., nicht contingenirt loco 30 M Gd., per Jan.-März 30 M Gd.

Rohzucker unentschieden, Rendement 88° Transitpreis franco Neufahrwasser 13,75 M bez., 13,85 M Gd. per 50 Kilogr. incl. Sack.

Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, 11. Januar.

Getreidebörse (H. v. Morstein.) Wetter: Veränderlich. Temperatur: —3 Gr. Wind: SO.

Weizen. Inländischer war heute in guter Frage und betheiligten sich auch Exporteure bei Ankäufen. Transit ruhig, unverändert Bezahlt wurde für inländ. hellbunt 761 Gr. 145 M, weiß 766 Gr. 147 M, 788 und 796 Gr. 148 M, 791 und 807 Gr. 149 M, Sommer- 766 Gr. 146 M, für polnischen zum Transit bunt bezogen stark besetzt 734 Gr. 116 M, gutbunt 761 Gr. 125 M, 769 Gr. 126 M, glasig etwas besetzt 753 Gr. 124 M, hellbunt 766 Gr. 128 M, 780 Gr. 130 M, hell 777 Gr. 131 M, hochbunt 780 Gr. 131 M, hochbunt glasig 769 Gr. 131 M, für russ. zum Transit Ghirka 734 Gr. 118 M per Tonne. Termine: Januar zum freien Verkehr 151 M Br., 150½ M Gd., Januar-Februar zum freien Verkehr 151 M Br., 150½ M Gd., April-Mai zum freien Verkehr 155½ M Br., 155 M Gd., transit 130½ M bez., Mai-Juni zum freien Verkehr 157 M Br., 156½ M Gd., transit 131½ M bez., Juni-Juli transit 133 M bez. Regulirungspreis zum freien Verkehr 148 M, transit 127 M.

Roggen unverändert. Bezahlt ist inländischer 726 Gr. und 738 Gr. 120 M, polnischer zum Transit 723 Gr. 102 M, 753 u. 759 Gr. 101 M. Alles per 714 Gr. per Tonne. Termine: April-Mai inländ. 127 M Br., 126½ M Gd., unterpoln. 104½ M Br., 103½ M Gd., Mai-Juni inländisch 129 M Br., 128 M Gd., unterpoln. 106½ M Br., 105½ M Gd. Regulirungspreis inländischer 120 M, unterpolnisch 101 M.

Gerste ist gehandelt inländische große 701 Gr. 117 M per Tonne. — **Hafer** inländ. 128, 130 M per Tonne bezahlt. — **Erbsen** poln. zum Transit Futter- 94, 96 M, kleine Victoria- 105, 106 M per Tonne gehandelt. — **Pferdebohnen** poln. zum Transit 111 M per Tonne bez. — **Kleesaaten** weiß 56, 60, 61, 68 M, roth 52, 58, 60, 62, 63 M per 50 Kilogr. gehandelt. — **Weizenkleie** zum Seeexport grobe 3,55 M, extra grobe 3,65, 3,70 M feine 3,10 M per 50 Kilogr. bezahlt. — **Spiritus** contingentirter loco 49½ M Gd., Januar-März 49½ M Gd., nicht contingentirter loco 30 M Gd., per Januar-März 30 M Gd.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Stde.	Barom.-Stand mm	Therm. Celsius.	Wind und Wetter.
10	4	750,2	— 6,7	NNO., Schneesturm.
11	8	754,8	— 4,6	NO., Sturm; bewölkt.
1	12	749,1	— 4,0	„ „ bew. m. Schneeböen.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: Otto Kasemann, sämmtlich in Danzig.

Berliner Fondsbörse vom 10. Januar.

Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten, zum Theil etwas abgeschwächten Coursen auf speculativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, böten aber besondere Anregung nicht dar. Im Verlaufe des Verkehrs trat aber bald ganz allgemein eine Befestigung der Stimmung hervor, die in Deckungs- und Meinungskäufen zu stark anziehenden Coursen Ausdruck gewann. In der zweiten Hälfte der Börsenzeit trat vorübergehend eine kleine Abschwächung hervor, doch blieb der Börsenschluß wieder fest. Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide Anlagen bei ruhigem Handel; deutsche Reichs- und preußische consol. Anleihen gut behauptet. Fremde, festen Zins tragende Papiere zeigten gleichfalls festere Haltung bei zum Theil regeren Umsätzen; besonders waren russische Anleihen und Noten, sowie Italiener anziehend und belebt. Der Privatdiscont wurde mit 1 7/8 % notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Creditactien nach schwacher Eröffnung in fester Haltung mäßig lebhaft um; Lombarden fest aber ruhig. Inländische Eisenbahnactien fest und ruhig. Bankactien fest. Industriepapiere fester und zum Theil lebhafter; Montanwerthe durchschnittlich steigend und belebt.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	107,10
do. do.	3½	100,00
do. do.	3	86,10
Konsolidirte Anleihe ..	4	107,10
do. do. ...	3½	100,50
do. do. ..	3	86,10
Staats-Schuldscheine ..	3½	100,00
Ostpreuß. Prov.-Oblig. .	3½	95,50
Westpr. Prov.-Oblig. . .	3½	96,00
Landsch. Centr.-Pfdbr. .	3½	97,75
Ostpreuß. Pfandbriefe .	3½	96,50
Pommersche Pfandbr. .	3½	97,70
Posensche neue Pfdbr. .	4	101,90
do. do. .	3½	96,75
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	96,75
do. neue Pfandbr.	3½	96,75
Pomm. Rentenbriefe ..	4	103,00
Posensche do. ..	4	102,80
Preußische do. ..	4	102 80

Ausländische Fonds.

Oesterr. Goldrente ...	4	98,25
Oesterr. Papier-Rente	5	85,00
do. do.	4 1/5	—
do. Silber-Rente .	4 1/5	82,40
Ungar. Eisenb.-Anleihe .	4½	—
do. Papier-Rente ..	5	85,20
do. Gold-Rente ...	4	96,30
Russ.-Engl. Anleihe 1880	4	95,40
do. Rente 1883	6	103,40
do. Rente 1884	5	—
Russ. Anleihe von 1889	4	—
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	65,00
Russ. 3. Orient-Anleihe	5	65,50
Poln. Liquidat.-Pfdbr. .	4	63,30
Poln. Pfandbriefe	5	65,40
Italienische Rente .. .	5	91,30
Rumänische amort. Anl.	5	97,30
do. 4% Rente ..	4	82,90
Türk. Admin.-Anleihe .	5	90,00
Türk. conv. 1% Anl. La. D.	1	20,65
Serbische Gold-Pfdbr. .	5	83,90
do. Rente	5	77,00
do. neue Rente ..	5	76,30
Griech. Goldanl. v. 1890	5	54,60
Mexican. Anl. äuß. v. 1890	6	77,50
do. Eisenb. St.-Anl. (1 Litr. = 20,40 M.)	5	65,90
Rom II.-VIII. Serie (gar.)	4	82,75

Hypotheken-Pfandbriefe.

Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	100,00
do. do. do.	3½	92,10
Dtsch. Grundsch.-Pfdbr. .	4	102,00
Hamb. Hypoth.-Pfdbr. .	4	100,70
do. unkündb. b. 1900	4	102,25
Meininger Hyp.-Pfdbr. .	4	101,00
Nordd. Grd.-Cd.-Pfdbr.	4	101,50
Pomm. Hypoth.-Pfdbr. neue gar.	4	—
do. do. do.	3½	97,00
III., IV. Em.	4	102,30
V., VI. Em.	4	102,30
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4½	115,75
Pr. Central-Bod.-Cr.-B.	4	101,50
do. do. do.	3½	95,20
do. do. do.	4	103,00
Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	102,30
Pr. Hypoth.-V.-A.-G.-C.	4½	100,30
do. do. do.	4	102,20
do. do. do.	3½	96,10
Stettiner Nat.-Hypoth.	4½	105,00
do. do. (110)	4	101,50
do. do. (100)	4	100,75
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	105,90
Russ. Central- do.	5	—

Lotterie-Anleihen.

Bad. Prämien-Anl. 1867	4	140,30
Baier. Prämien-Anleihe	4	143,60
Braunschw. Pr.-Anleihe	—	104,80
Goth. Präm.-Pfandbr.	3½	112,50
Hamburg. 50thlr.-Loose	3	137,25
Köln-Mind. Pr.-S. ...	3½	132,70
Lübecker Präm.-Anleihe	3½	130,50
Oesterr. Loose 1854 ...	4	127,10
do. Cred.-L. v. 1858	—	332,00
do. Loose von 1860	5	128,40
do. do. 1864	—	328,75
Oldenburger Loose ...	3	126,90
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3½	—
Raab-Graz 100T.-Loose	4	103,90
Ruß. Präm.-Anl. 1864	5	155,00
do. do. von 1866	5	143,00
Ung. Loose	—	260,00

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

	Div. 1891.	
Aachen-Mastricht	3¼	61,60
Mainz-Ludwigshafen ..	4 2/3	114,20
Marienb.-Mlawk. St.-A.	1½	62,00
do. do. St.-Pr.	5	107,80
Ostpreuß. Südbahn ...	1	73,00
do. St.-Pr.	5	107,00
Saal-Bahn St.-A. ...	—	25,30
do. St.-Pr. ...	3½	90,50
Stargard-Posen	4½	102,50
Weimar-Gera gar. ...	—	17,10
do. St.-Pr. .. .	3 2/3	84,50
Galizier	8,15	—
Gotthardbahn	6	156,75

† Zinsen vom Staate gar.	D. v. 1891.	
†Kronpr.-Rud.-Bahn .	4¾	84,90
Lüttich-Limburg	0,6	25,00
Oesterr. Franz.-St. ...	5	—
† do. Nordwestbahn.	5	—
do. Lit. B.	5¾	100,70
†Reichenb.-Pardub. ..	3,81	82,00
†Russ. Staatsbahnen. .	5/2 25	—
Russ. Südwestbahn ...	5,45	73.50
Schweiz. Unionb.	2	72,10
do. Westb.	—	—
Südösterr. Lombard ..	4/5	43,50
Warschau-Wien	17 1/3	—

Ausländische Prioritäten.

Gotthard-Bahn ...	5	104,30
†Italien. 3% gar. E.-Pr.	3	56,50
†Kasch.-Oderb. Gold-Pr.	4	97 60
†Kronpr.-Rudolf-Bahn	4	82,30
†Oesterr.-Fr.-Staatsb. .	3	81,80
†Oesterr. Nordwestbahn	5	91,80
do. Elbthalb. ...	5	91,20
†Südösterr. B. Lomb. .	3	63,20
† do. 5% Oblig.	5	104,60
†Ungar. Nordostbahn. .	5	84,90
† do. do. Gold-Pr.	5	103,25
Anatol. Bahnen	5	88,50
Brest-Grajewo	5	—
†Kursk-Charkow	4	91,00
†Kursk-Kiew	4	91,50
†Mosko-Rjäsan	4	92,50
†Mosko-Smolensk ..	5	101,00
Orient. Eisenb.-B.-Obl.	4½	100,00
†Rjäsan-Koslow	4	91,40
†Warschau-Terespol ..	5	101,10
Oregon Railw. Nav. Bds.	5	91,75
Northern-Pacif.-Eis. III.	6	103,70
do.	5	74 75

Bank- und Industrie-Actien. 1891.

Berliner Kassen-Verein	124,50	6¼
Berliner Handelsges. . .	140,30	7½
Berl. Prod. u. Hand.-A.	—	—
Bremer Bank	101,80	4½
Bresl. Discontbank ...	96,40	4½
Danziger Privatbank ..	—	8 2/3
Darmstädter Bank ...	137,75	5¼
Deutsche Genossensch.-B.	116,50	6
do. Bank	158,75	9
do. Effecten u. W. .	109,00	4
do Reichsbank ...	147,10	7,55
do. Hypoth.-Bank .	116,00	6½
Disconto-Command. ..	184,80	8
Gothaer Grundcr.-Bk. .	86,00	3½
Hamb. Commerz.-Bank	101,25	4
Hannöversche Bank ...	105,00	4½
Königsb. Vereins-Bank	96,50	5
Lübecker Comm.-Bank .	112,10	7
Magdbg. Privat-Bank .	106,10	4
Meininger Hypoth.-B. .	107,00	5
Norddeutsche Bank ...	133,50	4½
Oesterr. Credit-Anstalt .	171,25	8¾
Pomm. Hyp.-Act.-Bank	—	—
do. do. conv. neue ..	113,25	6
Posener Provinz.-Bank .	—	5 1/5
Preuß. Boden-Credit ..	126,50	7
Pr. Centr.-Boden-Cred.	157,10	9½
Schaffhaus. Bankverein	104,25	6
Schlesischer Bankverein	110,30	5½
Südd. Bod.-Credit-Bk. .	—	7
Danziger Oelmühle ...	86,00	—
do. Prioritäts-Act. .	99,00	—
Neufeldt-Metallwaaren.	91,75	4
Bauverein Passage ...	65,50	3½
Deutsche Baugesellschaft.	78,50	2½
A. B. Omnibusgesellsch.	212,00	12 1/3
Gr. Berl. Pferdebahn .	213,75	12½
Berlin. Pappen-Fabrik.	85,00	6
Wilhelmshütte	56,50	2½
Oberschles. Eisenb.-B. .	49,75	2

Berg- u. Hüttengesellschaften.

	Div. 1891	
Dortm. Union-St.-Prior.	57,90	—
Königs- u. Laurahütte .	97,00	4
Stolberg, Zink	38,60	2
do. St.-Pr.	105,90	7
Victoria-Hütte	—	—

Wechsel-Cours vom 10. Januar.

Amsterdam	8 Tg.	2½	168,70
do.	2 Mon.	2½	168,10
London	8 Tg.	3	20,35
do.	3 Mon.	3	20,285
Paris	8 Tg.	2½	81,05
Brüssel	8 Tg.	2½	81,00
do.	2 Mon.	2½	80,75
Wien	8 Tg.	4	168,75
do	2 Mon.	4	—
Petersburg. ...	3 Wch.	4½	204,75
do. ...	3 Mon.	4½	203,60
Warschau	8 Tg.	5½	204,90

Discont der Reichsbank 4 %.

Sorten.

Dukaten	9,68
Sovereigns	—
20-Francs-St.	—
Imperials per 500 Gr. ..	—
Dollar	4,185
Englische Banknoten ...	—
Französische Banknoten. .	81,20
Oesterreichische Banknoten.	168,80
Russische Banknoten .	205,10

Danziger Stadttheater.
Donnerstag: Außer Abonnement. P. P. D. Benefiz für Bertha Benda. **Der Mikado.** Burleske Oper in 2 Akten von Arthur Gullivan. Vorher: **Die Puppenfee.** Pantomimisches Ballet-Divertissement.
Freitag: P. P. E. Bei ermäßigten Preisen. **Das gelobte Land.** Vorher: **Mamas Augen.**
Sonnabend, Nachmittags 4 Uhr: Bei halben Opern-Preisen. Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind frei einzuführen. **Die verzauberte Prinzessin Sieglinde.**
Abends 7½ Uhr: P. P. A. Bei halb. Opernpreisen. **Othello.** Drama.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 19919 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 11. Januar 1893.

Aus der Provinz.

L. **Carthaus**, 9. Jan. Große Schaaren von **Seidenschwänzen** belagern jetzt hier gemeinschaftlich mit einer Drosselart, den sogenannten Ziemern, die Ebereschenbäume. Da diese Vögel hier seit mehreren Jahren nicht mehr beobachtet worden sind, betrachtet man ihr Erscheinen als ein Zeichen strengen Winters. — Der Rendant der hiesigen Amtsgerichtskasse, Herr Rechnungsrath Weiski, feierte gestern bei voller körperlicher Rüstigkeit und seltener Geistesfrische sein **60jähriges Dienstjubiläum.** Zu Ehren des Jubilars fand in Bergmanns Hotel ein Festdiner statt. Herr W. versieht trotz seiner 80 Lebensjahre nach wie vor sein Amt.

ӡ **Pr. Stargard**, 10. Januar. In der gestrigen Sitzung des **Gewerbe- und Bildungsvereins** wurden die Aemter für das laufende Vereinsjahr folgendermaßen vertheilt: Vorsitzender Dr. Nagel, stellvertretender Vorsitzender Fabrikbesitzer Horstmann, Schriftführer Präparandenlehrer Bruchmüller, Kassenführer Prediger Brandt, Bibliothekar Sattlermeister Liebig, Beisitzer Präparandenanstalts-Vorsteher Semprich und Braumeister Wartus. Ueber 14 Tage wird Dr. Nagel über Aluminium und Aluminiumbronze sprechen und am 6. Februar Herr Kaufmann Kawalki aus Danzig über Haftpflicht der Gewerbetreibenden und deren Versicherung einen Vortrag halten.

s. **Elbing**, 10. Januar. Hr. **Gerichtsdirector Harder** vom hiesigen Landgericht ist, wie schon kurz gemeldet wurde, zum **Präsidenten** des Landgerichts in Pom. Stargard ernannt und wird die neue Stellung am 1. März antreten. Das Scheiden desselben aus unserem Ort wird in vielen Kreisen, und nicht nur in denen der Berufsgenossen lebhaft bedauert werden. — Mit Anfang des Jahres hat sich ein Wechsel im Besitz der **„Elbinger Zeitung“** vollzogen. Herr E. Wernich hat denselben seiner von ihm geschiedenen Gattin im Wege der gerichtlichen Auseinandersetzung abgetreten. Wir dürfen hoffen, daß mit diesem Besitzwechsel auch ein Wechsel der schroffen Stellung eintreten wird, welche der frühere Besitzer in mancherlei politischen und persönlichen Fragen einzunehmen beliebte.

□ **Elbing**, 10. Januar. Auf der hiesigen **Schichau'schen Werft** sind im Laufe des vorigen Jahres erbaut worden: 1 Torpedo-Depotschiff, 2 Torpedokreuzer, 1 Torpedojäger, 8 Torpedoböte, 4 Schraubendampfer, 10 Raddampfer, 2 Dampffähren, 6 Prähme und 3 Bagger. — Die hiesige **Rhederei** zählte zu Beginn dieses Jahres 19 Dampfschiffe mit einem Inhalte von 1737 Kubikmeter. — Im Frühjahre des Jahres 1890 hatte der Schiffer Franz August Splieth aus Tolkemit ein dem Schiffer Kater gehöriges Fahrzeug, eine mit Steinen beladene **Lomme**, welche im Haff lag, **angebohrt**, um dasselbe zum Sinken zu bringen. Als das Fahrzeug jedoch zu sinken begann, bemerkte man noch rechtzeitig genug die Gefahr, um durch das Verstopfen der beiden in die Planken gebohrten Löcher das Fahrzeug vor dem Untergange zu retten. Der dem Besitzer dieser Lomme zugefügte Schaden betrug nur 20 Mk. Wegen dieses Vergehens angeklagt, hatte sich Splieth vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. Durch die Aussagen von 22 Zeugen wurde der Angeklagte von der Schuld überführt. Die Ursache zu der strafbaren Handlung war eine Feindschaft zwischen beiden. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten wegen versuchter schwerer Sachbeschädigung auf 9 Monate Gefängniß. — Herr Gymnasialdirector **Dr. Toeppen** kann am 1. Oktober dieses Jahres auf eine **50jährige Amtsthätigkeit** zurückblicken und gedenkt mit diesem Tage in den Ruhestand zu treten.

β **Elbing**, 10. Januar. Auf eine bezügliche Anregung vom Vorstande des Frauenvereins zu Berlin findet hier morgen eine **Conferenz der Hauptlehrer** an den hiesigen Volksschulen unter Vorsitz des Herrn Dr. Maywald behufs Einrichtung von **Schulküchen** statt, die an arme Schulkinder den Morgenkaffee, ev. warme Suppen verabfolgen. Wie verlautet, wird diese Einrichtung für weniger nothwendig und zweckmäßig gehalten, dagegen eine entprechend weitgehendere Vertheilung von warmen Kleidern befürwortet werden.

Rehden, 8. Januar. Der Lehrer Wunsch von hier hat vor einiger Zeit **zwei Steinkistengräber** mit vollem Inhalte, bestehend aus 7 großen, plattflächigen Urnen, 12 Schalen, einer Kanne, einer verzierten größeren Urne, 2 verzierten Krüglein, 3 gewöhnlichen Krüglein, 3 Bronzeringen mit blauen Glasperlen u. a. m., bloßgelegt. Außer diesen etwa 35 herausgehobenen Gegenständen hat Herr W. im Laufe des Jahres noch in der Umgegend von Rehden gesammelt: einen Auerochsenschädel, eine kleine Münze vom Kaiser Titus, eine große vom Papst Pius VI., einen Denar, einen Lederglätter aus Hirschgeweih, mehrere Thonperlen, einen sogen. polnischen Mahlstein, ein Feuersteinmesser und eine Anzahl Steinwerkzeuge, wie Steinhämmer, Bolzen, Steinkeile 2c. Im ganzen hat Herr Wunsch im Laufe des vorigen Jahres 86 Gegenstände, aus ältester Zeit stammend, gesammelt.

Graudenz, 10. Januar. In einer Versammlung mehrerer Bürger unserer Stadt wurde gestern Abend der Plan besprochen, im kommenden Frühjahr eines der so berühmt gewordenen **Lutherfestspiele** hier zur Aufführung zu bringen. Die Wahl ist auf das Herrig'sche Drama gefallen, welches im vergangenen Jahre in Elbing mit dem größten Erfolge gegeben ist. In der Mitte der nächsten Woche soll eine allgemeine Versammlung evangelischer Männer und Frauen aus der Stadt und Umgebung berufen werden, die sich für das Zustandekommen des Herrig'schen Lutherfestspiels interessiren, damit weitere Beschlüsse in dieser Angelegenheit gefaßt und ein Comité zur Ausführung gewählt werden kann. (G.)

(=) **Kulm**, 10. Jan. Heute starb der hiesige Buchdruckereibesitzer Karl Brandt im 72. Lebensjahre. Der Verstorbene hat sich im Jahre 1848 in Kulm niedergelassen und seit mehr als 40 Jahren das „Kulmer Kreisblatt und Zeitung“ herausgegeben. In jungen Jahren hat ihn die Bürgerschaft Kulms zum Stadtverordneten gewählt und 25 Jahre lang gehörte er der Versammlung an. Die Anerkennung der Versammlung über seine Leistungen fand darin ihren Ausdruck, daß sie ihn zum Stadtrath wählte, welche Stelle er 6 Jahre lang bekleidete und erst dann aufgab, als körperliche Hinfälligkeit es ihm unmöglich machte, seine bürgerlichen Pflichten in der gewohnten Art zu erfüllen. Die Achtung und Liebe, welche der Verstorbene unter uns genossen, sichert ihm ein Andenken auch über das Grab hinaus.

Konitz, 9. Januar. Dem „Ges.“ schreibt man von hier: In einer hiesigen Herberge logirte gestern ein 78jähriger **Stromer**, der sein **60jähriges Reisejubiläum** feierte. Er hat seit seinem 18. Lebensjahr nie etwas gearbeitet, sondern bettelnd das Land von einem Ende zum andern stets zu Fuß durchwandert. Dabei ist der Greis recht gesund und gedenkt noch manches Jahr zu reisen. Der Jubilar ist ein Badenser und spricht mehrere Sprachen geläufig.

Köslin, 10. Januar. Die „lex **Heinze**“ wirft ihren dunklen Schatten voraus. Der hiesige Erste Staatsanwalt veröffentlicht ein Verzeichniß beschlagnahmter „unzüchtiger Schriften“, darunter von Dumas, Daudet, Eugen Sue, Tolstoi, Sacher Masoch, Paul de Kock.

Insterburg, 10. Jan. Der Photograph Gottheil in Königsberg hat den Auftrag erhalten, die Wandgemälde der Aula unseres **Gymnasiums** für die **Weltausstellung in Chicago** zu photographiren. Die Bilder sollen die Höhe von einem Meter erhalten. Auch wird für denselben Zweck eine Ansicht des Gymnasial-Gebäudes unter Anleitung des Zeichenlehrers, von einem Primaner angefertigt. (I. Ztg.)

Tilsit, 9. Januar. Von einem recht **schweren Geschick** ist der aus Littauen stammende **evangelische Pfarrer Ketturrakat** zu Tauroggen mit seiner Familie betroffen. Ueber zehn Jahre war er in Rußland ansässig, als er in Folge verschiedener Umtriebe ihm mißgünstiger Leute mit Ausweisung und Bestrafung bedroht wurde. Doch ergab sich durch die Untersuchungen stets seine Unschuld. Wiederholtem Drängen nachgebend, wurde er schließlich russischer Unterthan und glaubte nun endlich Ruhe zu finden. Doch weit gefehlt! Kurz vor den Weihnachtsfeiertagen wurde ihm auf Grund eines kaiserlichen Befehls aus Petersburg eröffnet, daß er „als im Verdacht des Einverständnisses mit Preußen und der Spionage stehend“, sofort seines Amtes in Tauroggen zu entsetzen sei und seinen Wohnsitz weit von der Grenze entfernt im Innern Rußlands zu nehmen habe. Wie Herr K. mittheilt, konnte er nur so viel erfahren, daß von einer ihm mißgünstigen Seite an die Behörde die Anzeige erstattet worden, er habe aus Preußen empfangenes Geld an verschiedene Personen zum Ankauf von Ländereien und Häuser gegeben, und diese hätten ihm gegenüber sich verpflichten müssen, bei einem Kriege mit Rußland Preußen zu Diensten zu stehen. Verschiedene darüber vernommene Personen zweifelhaften Charakters haben vor der Behörde die Anschuldigung erhärtet, und darauf erfolgte ohne weitere Untersuchung und Vernehmung des Angeschuldigten obige Entscheidung. Dem schwer geprüften Mann blieb nichts übrig, als seine Habe mit großem Verlust sofort zu veräußern und seine Familie nach Preußen zu senden. Er selbst ist aber nach Petersburg gereist, um in einer beim Zaren zu erbittenden Audienz seine Unschuld klar zu legen und Wiedereinsetzung in sein Amt zu erbitten. Sollte ihm das nicht gelingen, was leider trotz der offenkundigen Haltlosigkeit des ganzen Lügengewebes zu befürchten ist, so gedenkt er Rußland zu verlassen und die preußischen Behörden um eine Anstellung zu ersuchen.

Stallupönen, 9. Januar. Ein **Mord** ist kurz vor dem Feste an der polnischen Grenze verübt worden. Ein Mädchen hatte in Willkowißken von einer Kasse sein bedeutendes Erbtheil erhoben. Zur Rückfahrt hatte es ein Bauernfuhrwerk gemiethet und der Bauer kam selber als Kutscher mit. Auf dem Rückwege überfiel er dann das Mädchen, nahm ihm zuerst das Geld weg und ermordete es dann auf rohe Weise. Den Leichnam verwahrte er in einem Dickicht. Aus den plötzlichen großen Geldausgaben schöpften indeß die Nachbarn Verdacht und der Mord kam ans Tageslicht. Die Leiche ist bereits gefunden und der Bauer verhaftet worden.

Schneidemühl, 9. Januar. Die Wahl des Stadtsecretärs Nedwig in Göttingen **zum zweiten Bürgermeister** (besoldeten Beigeordneten) der Stadt Schneidemühl hat die allerhöchste Bestätigung erhalten. Herr Nedwig wird bis spätestens 1. Februar sein neues Amt antreten.

Vermischtes.

* **[„Papa Wrangel“ als Ehestifter.]** Wie der selige Feldmarschall Graf Wrangel anfangs der 60er Jahre zwei hochbetagte Leute in den Hafen der Ehe hineinbugsirte, darüber weiß ein alter pensionirter herrschaftlicher Förster dem „Bär“ Folgendes zu erzählen: „Papachen“ war damals auf dem Rittergute B. in Ostpreußen bei unserem Baron zu Gast und ließ sich auf seinen täglichen Spazierritten durch einen alten Mann begleiten, der früher als Waldhüter unserem Junker das Leben gerettet hatte und nun dafür das Gnadenbrod aß. Zwischen dem Feldmarschall und dem ehemaligen Waldwärter hatte sich bald eine Art Freundschaft herausgebildet und als Wrangel merkte, das sein getreues Factotum für die ebenfalls schon alte, aber noch recht rüstige Wirthschafterin eine stille Liebe im Herzen trage, erbot er sich, bei dieser für seinen Schützling den Freiwerber zu machen. „Ach, Excellenz, wo denken Sie bloß hin, det lassen Sie man lieber sind. Wo wird die Mamselle mir ollen Knacker nehmen“, meinte, sich hinter den Ohren kratzend, der in Berlin geborene Alte, worauf Graf Wrangel ärgerlich erwiderte: „Ach wat, halt's Maul, ick werde die Geschichte schon ins Loth bringen.“ Gesagt, gethan! Eine halbe Stunde später ging „Papachen“ gestiefelt und gespornt schnurstracks nach der Küche und brachte der ob des unerwartet hohen Besuchs ganz erstaunten Alten sein Anliegen vor. „Hm, Excellenz, belieben gewiß nur zu scherzen, denn unmöglich kann ich glauben, daß — hm — es dem Herrn Grafen Ernst ist, — mich armes Geschöpf —“ „Ach, nu man nich jroß jeziert — in Herzenssachen mach ick keene Witze — also heraus mit die Sprache, will Sie oder nich?“ stieß der General, zornig werdend, hervor. „Ja! — aber — Excellenz sind ja doch noch — verheirathet“, platzte die Wirthschafterin heraus. „Ha, ha, ha“, lachte Wrangel und fuhr dann fort: „Nee, Jungferken, mit mich nicht, aber mit'n alten Ewald sollt ihr jlücklich werden. — Na, was macht Sie denn plötzlich for'n dummes Jesicht? Meint Sie etwa, daß Sie noch zu jung is zum Heirathen, he? Oder paßt Ihr der Anbeter nich?“ „Ach, Excellenz, der ist doch aber schon so alt — und dann — haben wir ja alle beide nichts.“ — „Wat? Zu alt?! Ick bin ja noch ville älter — und mir hättet Ihr doch genommen. Nee, Mamsellchen, die Ausrede jilt nich. Ewald hat hier bis an sein Lebensende nich Noth zu leiden und Sie hat jewiß in Ihre lange Dienstzeit ooch wat erspart, wie?“ „Mein Gott, aber nur sehr wenig, Excellenz.“ „Wenig? Det is mehr wie nischt — und was die Hochzeit kostet, det berappe ick — also man rin ins Verjnügen. For so'ne junge Leute, wie Ihr zwei Beede seid, hängt noch der Himmel voller

seijen. — Na, will Sie ihm?" Die Wirthschafterin besann sich doch ein Weilchen und als Graf Wrangel dann kurz noch einmal fragte: „Ja — aber wenn uns nur nicht die Leute auslachen werden." — Der alte Waldhüter a. D. war überglücklich, als er das günstige Resultat der Werbung des Feldmarschalls erfuhr. Er küßte dem Grafen voller Dank die Hand, der Schloßherr aber meinte, als ihm später die Geschichte zu Ohren kam, zu seinem Gast: „Was du alter Schwede doch für Dummheiten anzettelst. Schließlich verkuppelst du mir noch mein ganzes Gesinde."

* **[Ein neuer Luftballon]**, der durch seine besonderen Eigenschaften als ein Sicherheitsballon sich charakterisirt, ist der Zeitschrift für Luftschiffahrt zufolge dem Generallieutenant William Fyers in England patentirt worden. Wie man seit zwei Jahrzehnten im Kriegsschiffsbau durch die Zellenconstruction im eingetauchten Schiffsrumpf die Wirkung einschlagender Geschosse oder Torpedos zu lokalisiren sucht, indem nur die getroffenen Abtheilungen voll Wasser laufen und deshalb dem Schiffe die Schwimmfähigkeit erhalten bleibt, so enthält der neue Ballon, der die Gestalt eines hohlen Ringes hat, eine Anzahl gasdichter Abtheilungen. Der Erfinder ist der Ansicht, daß der Ballon hinreichende Tragfähigkeit behält, wenn eine der Abtheilungen durch eine Gewehrkugel oder auf sonstige Weise einen Riß bekommen sollte. Gleichzeitig trägt der Ballon eine bewegliche und abnehmbare Hülle über dem hohlen Ring, welche sich beim Fallen des Ballons ausspannt und so, als Fallschirm wirkend, den Absturz des Ballons verhindert. Sollte der Ballon in die See fallen, so soll er als Rettungsboje wirken und die Gondel mit ihren Insassen über Wasser halten. Hoffentlich erfüllt der Ballon, was der Erfinder verspricht.

Zuschriften an die Redaction.

Aus der Nehrung, 10. Jan. In den kalten Tagen (15—25 Gr. Kälte Cels.) sehen wir mit Staunen, daß die Eisbrecher sich bemühen, von 800 Kilom. Weichselstromlauf 4 Kilom. der Mündung in künstlichem Eisgang zu erhalten. Die Fragwürdigkeit des Erfolges konnte wieder am 9. d. erkannt werden, denn den Fährprahm bei Bohnsack vermochten die Eisbrecher nicht mehr in Thätigkeit zu erhalten und es mußte für Fuhrwerke der Fährbetrieb ruhen. Wir wünschen lebhaft, daß uns jemand über den Sinn des Eisbrechens bei zunehmendem Winter klaren Aufschluß geben möchte. Wir halten allgemein diese Arbeiten für Kraft-, Material- und Geldvergeudung, für schwerste Verkehrsbehinderung und Schädigung der vom Fischfang lebenden Nehrunger in ihrem Erwerb. Daß das jetzige Eisbrechen irgend einen förderlichen Einfluß auf den Eisgang des Stromes ausüben kann, wird keiner, der mitten in diesen Verhältnissen leben muß, auch nur zu ahnen wagen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 10. Jan. **Getreidemarkt. Weizen** loco ruhig, holsteinischer loco neuer 152—154. **Roggen** loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 132—136, russ. loco ruhig, Transito 110—112. — **Hafer** ruhig. — **Gerste** ruhig. — **Rüböl** (unverzollt) behpt., loco 51. — **Spiritus** loco schwach, per Januar 22 1/4 Br., per Jan.-Febr. 22 1/4 Br., per April-Mai 22 1/4 Br., per Mai-Juni 22 1/2 Br. — **Kaffee** fest, Umsatz 3000 Sack. — **Petroleum** ruhig, Standard white loco 5,20 Br., per Febr-März 5,20 Br. — Leichter Frost.

Hamburg, 10. Jan. **Zuckermarkt.** (Schlußbericht.) Rübenrohzucker 1. Product Basis 88% Rendement neue Usance, f. a. B. Hamburg per Januar 14,15, per März 14,30, per Mai 14,42 1/2, per Septbr. 14,33. Behauptet.

Hamburg, 10. Jan. **Kaffee.** (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar 80 1/4, per März 78 1/2, per Mai 76 3/4, per Septbr. 76 3/4. Ruhig.

Bremen, 10. Januar. **Raff. Petroleum.** (Schlußbericht.) Zollfrei. Ruhig. Loco 5,45 Br.

Havre, 10. Januar. **Kaffee.** Good average Santos per Januar 101,50, per März 99,00, per Mai 96,00. Ruhig.

Mannheim 10. Jan. **Weizen** per März 16,75, per Mai 16,85, per Juli 17,05. **Roggen** per März 14,50, per Mai 14,50 per Juli 14,60. **Hafer** per März 14,25, per Mai 14,70, per Juli 14,75. **Mais** per März 11,50, per Mai 11,40, per Juli 11,40.

Frankfurt a. M., 10. Jan. Effecten-Societät. (Schluß.) Oesterreichische Credit-Actien 266 7/8, Lombarden 80 1/8, ungar. Goldrente 96,20, Gotthardbahn 153,10, Disconto-Commandit 181,90, Dresdener Bank 140,50, Bochumer Gußstahl 118,50, Dortmunder Union St.-Pr. 58,70, Gelsenkirchen 131,90, Harpener 124,70, Hibernia 106,20, Laurahütte 96,90, 3% Portugiesen —, italienische Mittelmeerbahn 100,50, schweizer Centralbahn 115,20, schweizer Nordostbahn 103,20, schweizer Union 68,20, italien. Meridionaux —, schweizer Simplonbahn 49,40. Fest.

Wien, 10. Jan. (Schluß-Course.) Oesterr. 4 1/5% Papierrente 98,27 1/2, do. 5% do. 100,65, do. Silberrente 97,80, do. Goldrente 116,75, 4% ungar. Goldrente 114,15, 5% do. Papierr. 100,75, 1860er Loose 146,50, Anglo-Aust. 150,75, Länderbank 229,20, Creditact. 317,00, Unionbank 244,75, ungar. Creditactien 364,00, Wiener Bankverein 116,30, Böhm. Westbahn 357,00, Böhm. Nordb. —, Busch. Eisenbahn 457,00, Dux-Bodenbacher —, Elbethalbahn 227,50, Ferd. Nordbahn 2830,00, Franzosen 293,75, Galizier 219,25, Lemberg-Czern. 250,00, Lombard. 92,40, Nordwestb. 213,00, Pardubitzer 194,00, Alp.-Mont.-Act. 53,25, Tabakactien 165,50, Amsterd. Wechsel 99,90, Deutsche Plätze 59,21, Londoner Wechsel 120,60, Pariser Wechsel 48,05, Napoleons 9,59, Marknoten 59,21, Russische Banknoten 1,21 1/4, Silbercoupons 100,00. Bulgarische Anleihe 111,10.

Amsterdam, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen per März 175, per Mai 176. Roggen per März 129, per Mai 124.

Antwerpen, 10. Januar. Getreidemarkt. **Weizen** unbelebt. **Roggen** unverändert. **Hafer** befestigt. **Gerste** schwach.

Antwerpen, 10. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht). Raffinirtes Type weiß loco 12 7/8 bez. und Br., per Januar 12 3/4 Br., per Febr.-März 13 1/8 Br., per September-Dezember 13 1/4 Br. Fest.

Paris, 10. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) **Weizen** fest, per Januar 21,20, per Februar 21,40, per März-April 21,70, per März-Juni 22,00. — **Roggen** behpt., per Januar 13,60, per März-Juni 14,20. — **Mehl** fest, per Januar 48,30, per Februar 48,20, per März-April 48,40, per März-Juni 48,50. — **Rüböl** behpt., per Januar 56,75, per Februar 57,00, per März-April 57,50, per März-Juni 57,75. — **Spiritus** behpt., per Januar 45,75, per Februar 46,00, per März-April 46,00, per Mai-August 46,50. — Wetter: Milde.

Paris, 9. Januar. (Schlußcourse.) 3% amortisir. Rente. 95,45, 3% Rente 94,75, 4 1/2% Anleihe —, 5% italien. Rente 89,50, österr. Goldr. —, 4% ung. Goldrente 95,31, III. Orientanleihe 65,85, 4% Russen 1880 —, 4% Russen 1889 95,40, 4% unific. Aegypt. 98,95, 4% span. äuß. Anleihe 60 5/8, convert. Türken 21,02 1/2, türk. Loose 86,30, 4% Prioritäts-Türk. Obligationen 428,50, Franzosen 623,75, Lombarden 213,75, Lomb. Prioritäten —, Credit foncier 940,00, Rio Tinto-Actien 390,60, Suezkanal-Actien 2575, Banque de France 3800, Wechsel auf deutsche Plätze 122 9/16, Londoner Wechsel 25,10, Cheques a. London 25,11 1/2, Wechsel Amsterdam kurz 206,06, do. Wien kurz 206,00, do. Madrid kurz 421,50, Neue 3% Rente —, 3% Portugiesen 21,93, neue 3% Russen 77,15, Banque ottomane 567,00, Banque de Paris 615, Banque d'Escompte 135,00, Credit mobilier 122,00, Meridional-Actien 610, Panamakanal-Actien —, Credit Lyonnais 745, Tab. Ottom. 354,37, 2 3/4 % englische Consols —, Cred. d' Esc neue 475, Robinson-A. 93,70, Privatdiscont 2 1/4.

London, 10. Jan. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schön.

London, 10. Januar. (Schlußcourse.) Engl. 2 3/4% Consols 98 1/16, Pr. 4% Consols 104, 5% italien. Rente 90, Lombarden 8 1/2, 4% cons. Russen von 1889 (2. Serie) 96 3/8, convert. Türken 20 3/4, österr. Silberrente 81, österr. Goldrente 98, 4% ungarische Goldrente 94 3/4, 4% Spanier 60 3/4, 3 1/2 % privil. Aegypter 93, 4% unific. Aegypter 98 1/2, 3% garantirte Aegypter —, 4 1/2 % ägypt. Tributanleihe 96 3/4, 3 % consol. Mexikaner 77 1/2, Ottomanbank 12 5/8, Suezactien —, Canada-Pacific 90 1/2, De Beers-Actien neue 17 1/2, Rio Tinto 15 1/2, 4 % Rupees 63 1/4, 6 % fund. argent. Anleihe 63 1/4, 5% argentinische Goldanl. von 1886 63 1/2, do. 4 1/2 % äußere Goldanl. 36 1/2, Neue 3% Reichsanleih. 85, Griechische Anl. v. 1881 63 1/4, Griechische Monopole Anleihe v. 1887 55, Brasilianische Anleihe v. 1889 66 1/4, Platzdiscont 1 3/8. Silber 38 1/8. — Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,51, Wien 12,19, Paris 25,31, Petersburg 23 7/8.

Glasgow, 10. Januar. **Roheisen.** (Schluß.) Mixed numbres warrants 41 sh. 11 1/2 d.

Liverpool, 10. Januar. **Getreidemarkt.** Weizen 1/2 d. niedriger, Mehl ruhig, Mais 1/2 d. höher. — Wetter: Schön.

Liverpool, 10. Jan. **Baumwolle.** Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig. Middl. amerikan Lieferungen: Januar-Februar 5 15/64 Käuferpreis, Februar-März 5 15/16 do., März-April 5 17/64 do., April-Mai 5 91/64 Werth, Mai-Juni 5 5/16 Käuferpreis, Juni-Juli 5 11/32 do., Juli-August 5 3/8 Werth, Aug.-September 5 23/64 d. Käuferpreis.

Newyork, 10. Jan. Wechsel auf London i. G. 4,85 1/2. — **Rother Weizen** loco 0,80 3/8, per Januar 0,78 3/8, per Februar —, per Mai 0,82 3/4. — **Mehl** loco 2,95. — **Mais** per Januar 50 1/4. — Fracht 1 1/2. — **Zucker** 3.

Newyork, 9. Januar. Visible Supply an **Weizen** 81 788 000 Bushel, do. an **Mais** 11 840 000 Bushels.

Newyork, 9. Januar. Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,85 1/2, Cable-Transfers 4,87 3/4, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5,17 1/2 Wechsel auf Berlin 60 Tage) 95 3/8, 4% fund. Anleihe —, Canadian-Pacific-Act. 88, Centr.-Pacific-Actien 28 7/8, Chicago- u. North-Western-Actien —, Chic., Mil.- u. St. Paul-Actien 77 1/2, Illinois-Central-Actien 98 3/4, Lake-Shore-Michigan-South-Actien 128, Louisville u. Nashville Act. 72 1/2, Newy. Lake-Erie- u. Western-Actien 23 7/8, Newy. Central- u. Hudson-River-Act. 108 1/4, Northern-Pacific-Preferred-Act. 46 5/8, Norfolk- u. Western-Preferred-Actien 37, Atchinson Topeka und Santa Fe-Actien 34 1/2, Union-Pacific-Actien 39 7/8, Denver- u. Rio-Grand-Preferred-Actien 53 1/2, Silber Bullion 83. — **Baumwolle** in Newyork 9 15/16, do. in New-Orleans 9 5/8. — Raffin. **Petroleum** Standard white in Newyork 5,40, do. Standard white in Philadelphia 5,35 Gd., rohes Petroleum in Newyork 5,35, do. Pipeline Certificates per Februar —. Stetig. — **Schmalz** loco 11,15, do. (Rohe und Brothers) 11,45. — **Zucker** (Fair refining Muscovados) 3. — **Kaffee** (Fair Rio) 16 3/4, Nr. 7 low ord. per Februar 15,75, per April 15,50.

Newyork, 10. Jan. **Weizen-Verschiffungen** in der letzten Woche von den atlantischen Häfen der vereinigten Staaten nach Großbritannien 66 000, do. nach Frankreich 25 000, do. nach anderen Häfen des Continents 57 000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 52 000, do. nach anderen Häfen des Continents — Quarters.

Chicago, 9. Januar. **Weizen** per Januar 72 5/8, per Mai 78 1/2. **Mais** per Januar 41 1/4. **Speck** short clear nom. **Pork** per Januar 18,65. Weizen niedriger den ganzen Tag auf Realisirungen. Schluß stetig. — Mais niedriger den ganzen Tag auf Kabelnachrichten. Schluß kaum behauptet.

Productenmärkte.

Königsberg, 10. Januar. (v. Portatius und Grothe.) **Weizen** per 1000 Kilogr. hochbunter 770 Gr. 151, 793 Gr. 151,50, 787 Gr. und 800 Gr. 153 M bez., bunter 749 Gr. 146, 779 Gr. 148 M bez., rother 779 Gr. und 786 Gr. 148,50, 761 Gr., 776 Gr. und 781 Gr. 149, 786 Gr. 149,50, 781 Gr. und 788 Gr. 150 M bez. — **Roggen** per 1000 Kilogr. inländ. 691 Gr. bis 742 Gr. 118, 706 Gr. bis 744 Gr. 118,50 M per 714 Gr. — **Gerste** per 1000 Kilogr. große 105, 108 M bez. — **Hafer** per 1000 Kilogr. inländ. 110, 113, 118, 121, 122, 124, 125 M bez. — **Mais** per 1000 Kilogr. russ. 82 M bez. — **Erbsen** per 1000 Kilogr. weiße russ. 103,50, 110, Victoria- 130 M bez., graue 125 M bez. — **Bohnen** per 1000 Kilogr. 116, 117, 118 M bez. — **Wicken** per 1000 Kilogr. 103, 104 M bez. — **Leinsaat** per 1000 Kilogr. mittle russ. 162 M bez., geringe russ. 140 M bez. — **Dotter** per 1000 Kilogr. russ. gering 106, russ. Hanfsaat 175, erdig 171,50, Hanfkuchen 77 M bez. — **Weizenkleie** per 1000 Kilogr. russ. mittle 68, 69 M bez. — **Spiritus** per 10000 Liter % ohne Faß loco contingentirt 49 1/2 M Gd., nicht contingentirt 30 M Gd., per Januar nicht contingentirt 30 M Gd., per Januar-März nicht contingentirt 32 1/2 M Br., per Frühjahr nicht contingentirt 33 M Br., per Mai-Juni nicht contingentirt 33 1/2 M Br. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 10. Januar. Getreidemarkt. **Weizen** loco ruhig, 142—153, per April-Mai 155,75, per Mai-Juni 157,00. — **Roggen** loco fest, 122—130, per April-Mai 135,50, per Mai-Juni 136,50. — Pommerscher **Hafer** loco 127—134. — **Rüböl** loco ruhig, per April-Mai 49,50, per Mai-Juni 49,50. — **Spiritus** loco fest, mit 70 M Consumsteuer 31,00, per Januar 30,30, per April-Mai 32,00. — **Petroleum** loco 9,80.

Berlin, 10. Januar. **Weizen** loco 143—158 M, per Januar — M, per April-Mai 156,50—157,00—156,75 M, per Mai-Juni 158,00—158,25 M, per Juni-Juli 160—159,75 M. — **Roggen** loco 130—136 M, guter inländ. 133—134 M a. B., per Januar 135,75—136 M, per April-Mai 138—138,50—138,25 M, per Mai-Juni 139—139,50—139 M, per Juni-Juli 139,75—140,25—139,75 M. — **Hafer** loco 135—154 M, mittel und guter ost- und westpreußischer 136—142 M, pomm. und uckermärk. 137—143 M, schlesischer, böhmischer, sächsischer und süddeutscher 137—144 M, feiner schles., mährischer und böhmischer 145—148 M a. B., per Januar 141,50 M nom., per April-Mai 140 M. — **Mais** loco 120 bis 128 M, per Januar 120 M nom., per April-Mai 111,75 M, per Mai-Juni 111,75 M, per Juni-Juli 112 M, per Juli-August 112 M, per Septbr.-Oktbr. 113,75 M. — **Gerste** loco 115—165 M. — **Kartoffelmehl** per Januar 18,60 M — **Trockene Kartoffelstärke** per Januar 18,60 M. — **Feuchte Kartoffelstärke** per Januar 9,90 M Gd. — **Erbsen** loco Futterwaare 132—145 M, Kochwaare 151—205 M. — **Weizenmehl** Nr. 00 21,75—19,75 M, Nr. 0 18,75—15,75 M. — **Roggenmehl** Nr. 0 u. 1 17,75—16,75 M, ff. Marken 19,85 M, per Januar 17,85 M, per Januar-Febr. 17,85 M, per April-Mai 18,10—18,15—18,10 M. — **Petroleum** loco 22,2 M, per Febr. 22,4 M, per März 22,6 M. — **Rüböl** loco ohne Faß 50 M, per Januar 50,6 M, per April-Mai 50,6 M, per Mai-Juni 50,7 M. — **Spiritus** ohne Faß loco unverst. (50 M) 52,0—51,9 M, ohne Faß loco unverst. (70 M) 32,4—32,3 M, per Januar 31,7—31,4 M, per Januar-Febr. 31,7—31,4 M, per April-Mai 32,8—32,7—32,9—32,6—32,7 M, per Mai-Juni 33,2—33,0 M, per Juni-Juli 33,7—33,5 M, per Juli-August 34,2—34,1 M, per August-Sept. 34,7—34,6 M.

Magdeburg, 10. Januar. Zuckerbericht. Kornzucker excl., von 92 % 14,85, Kornzucker excl., 88 % Rendem. 14,20, Nachproducte excl., 75 % Rendement 11,75. Schwächer. Brodraffinade I. 27,75. Brodraffinade II. 27,50. Gem. Raffinade mit Faß 28,00. Gem. Melis I. mit Faß 26,25. Ruhig. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg per Januar 14,10 bez., 14,15 Br., per Februar 14,17 1/2 bez., 14,20 Br., per März 14,25 bez., 14,27 1/2 Br., per April 14,30 bez., 14,35 Br. Matt.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 10. Januar. Wind: SSW.
Angekommen: Rudolf (SD.), Totte, Stettin, Güter
11. Januar. Wind: NO.
Nichts in Sicht.

Thorner Weichsel-Rapport.

Thorn, 10. Januar. Wasserstand: 1,18 Meter.
Wind: W. Wetter: trübe, Frost nachgelassen.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: Otto Kafemann, sämmtlich in Danzig.